

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

231 (4.10.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 165 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 165 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 150 M. monatlich. Einzelnummern 7 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelleiste 10.— M., auswärts 12.— M. Die Reklamezeile 40.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Erhöhung der Getreide- und Brotpreise beschlossen

Das Reichskabinett schloß die Beratung über die Erhöhung des Preises für das 1. Drittel des Umlagegetreides fort. Der vom Minister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegte Gesetzentwurf, worin etwa eine Verdreifachung des Preises für das erste Umlagegetreide vorgesehen ist, wurde angenommen. Der Gesetzentwurf wird sofort dem Reichswirtschaftsrat zugehen. Der Reichstag wird sofort nach dem voraussichtlich am 17. Oktober erfolgenden Zusammentritt mit der Angelegenheit befaßt werden. Gleichzeitig mit der Genehmigung der Gesetzesvorlage stimmte das Kabinett dem Antrage des Reichsernährungsministers auf Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidebestelle zu. Das von dieser abgegebene Getreide wird sich etwa zu gleichen Teilen aus Inlands- und Auslandsgetreide zusammensetzen. Das Auslandsgetreide hat nach dem sprunghaftesten Steigen der fremden Wäluen in den letzten Monaten eine außerordentliche Preissteigerung erfahren; ausländischer Weizen kostete zurzeit der Verhandlungen über das Reichsgetreidegesetz und die bis jetzt geltenden Abgabepreise 18—20 000 M. dra Tonne; heute fast 84 000 M., nachdem der Preis bereits auf 92 000 M. und höher gestiegen war. Infolgedessen war eine erhebliche Steigerung der Abgabepreise der Reichsgetreidebestelle unter allen Umständen unvermeidlich. Entsprechend muß auch der Preis für Marktbrot erhöht werden. Die Erhöhung darf jedoch nicht vor Ablauf dieses Monats ein-

treten und voraussichtlich über eine Verdoppelung nicht wesentlich hinausgehen. Da die Erhöhung des Brotpreises eine schwere Belastung der minderbemittelten Bevölkerung mit sich bringt, beabsichtigt die Regierung noch im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften in Besprechungen einzutreten, um gleichzeitig mit der Erhöhung des Brotpreises auch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter zu erwirken.

Nach einer Meldung einer Sozialdem. Parteikorrepondenz haben sich die sozialdemokratischen Minister bei der Abstimmung über die Regierungsvorlage zur Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide entsprechend dem am Montag von der Reichstags tagung gefaßten Beschlußes der Stimme enthalten.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist die Absicht, den Reichstag erst anfangs des nächsten Monats einzuberufen, fallen gelassen worden, da eine beschleunigte Beratung der auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Fragen geboten ist. Es bleibt also bei der Einberufung des Reichstags am 17. d. M. Der Reichstag wird sich dann mit der Vorlage über den Umlagepreis, mit dem Gesetz über den Schutz der Kleinrentner und der Festsetzung des Termins für die Wahl des Reichspräsidenten beschäftigen.

Die Katastrophe der Gemeinden

Die Folgen der fortschreitenden Geldentwertung wälzen sich zu Lawinen und stürzen sich in entsetzlichem Tempo den Gemeinden aufs Dach. Schwächere Gemeinwesen brechen zusammen. Wir sind ganz dicht an der Grenze des Verfallens. Wir müssen die letzten Kräfte anstrengen, um die Maschine im Gange zu halten, so gut es geht. So Magdeburgs Oberbürgermeister, Genosse Veims, in einer der letzten Stadtverordneten-Versammlungen. Als Vorsitzender des Städtetages für die Provinz Sachsen auf der Magdeburger Tagung berichtete er, viele Gemeinden wüßten nicht, ob sie am 1. Oktober noch Gehalt im Voraus zahlen könnten. Die ungeheure Steigerung der Lebensmittel

erbitterte die Lohnempfänger furchtbar, und die ersten Stöße der verzweifelnden Bevölkerung werden die Gemeinden auszuhalten haben. Immer eindringlicher wiederholen sich die Not- und Hilfsrufe der Gemeinden und ihrer Interessenverbände. Der Zusammenbruch der Gemeinden sei unausbleiblich, wenn das Reich nicht helfe.

Auf der hiesigen Tagung des Ernährungsausschusses vom Deutschen Städtetag wurde einstimmig erklärt: neue Verpflichtungen könnten die Städte nur übernehmen, wenn Reich und Länder die gesamten zu deren Erfüllung notwendigen Geldmittel zuschießen. Die Städte seien völlig am Ende ihrer Kraft.

Verschiedene der an der Berliner Besprechung der Finanzlage mit der Reichsregierung beteiligten Vertreter von Stadt- und Landgemeinden stellten die Zahlungsunfähigkeit ihrer Verwaltungen für die allernächste Zeit in Aussicht. Köln schließt seinen leistungsfähigen Haushaltplan mit einem Defizit von einer halben Milliarde. Deckung ist nicht vorhanden. Die Stadt will einige ihrer Stadtbäder nach Wien entsenden, um zu erkunden, wie eine Stadt sich am besten

auf ökonomische Verhältnisse vorbereite.

Wiesbaden mußte die Etatsumme für das letzte halbe Jahr verdreifachen und kam damit auf rund dreihundert Millionen Mark. Unabwendbar wurde diese Erhöhung infolge Steigerung der Kohlenpreise, Gehalte und Löhne auf das Vierfache der bisherigen Höhe. Karlsruhe frant bereits nach dem Stande vom 1. Mai dieses Jahres an einem Defizit von annähernd 84 Millionen Mark im Voranschlag für 1922. Der gesamte Jahresaufwand an Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen, ausschließlich der Lehrer und Polizeibeamten, wurde Anfang 1922 noch mit 101 790 000 M. angesetzt, war am 1. Mai auf 201 999 000 und Anfang August auf mindestens 450 000 000 gestiegen. Die Leipziger Stadtverordneten-Versammlung hat kürzlich (September) 576 207 000 M. für Lohn- und Gehaltszulagen bewilligt. Selbst wenn das Reich 80 Prozent hiervon übernehme, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, hätte Leipzig noch 77 555 200 M. aufzubringen, und kein Mensch kann sagen, wo die Stadt die Summe hernehmen solle; denn es sind alle zur Verfügung stehenden Steuerquellen erschöpft und die ergebenden und direkten Vermögenssteuern hat das Reich für sich in Anspruch genommen.

Es sind aber nicht nur die Forderungen der Arbeiter und Beamten — die sich bekanntlich längst nicht im Tempo der Lebensverteuerung bewegen —, sondern auch die

Anwendungen für die öffentliche Fürsorge, die die finanziellen Lasten der Gemeinden immer höher kirmen. Berlin bewilligte erst kürzlich wieder 208 Millionen. Da mburg mehr als 370 Millionen Mark für Koststandsaktionen. Das bekannte Entlastungsprogramm des Berliner Magistrats, das auch die Einstellung noch im Entstehen begriffener städtischer Gosh- und Tiefbauten auführt, hat die Öffentlichkeit erschreckt wie ein memento mori. Berlin macht damit Schule; auch Altona hat die Stilllegung solcher Bauten in Erwägung gezogen. Die städtischen Kassen haben — da in der gegenwärtigen Zeit schnelle Entschlüsse für geboten erdienen könnten — dem Magistrat in der Frage freie Hand gelassen.

Mit am schwersten leidet das öffentliche Verkehrsweesen

der Gemeinden unter der Finanzalamität. Auf einer kürzlich in Hannover abgehaltenen Konferenz der Vertreter größerer Straßenbahnen Deutschlands wurde festgestellt, daß die Betriebskosten der Straßenbahn schon bis Anfang Juli 1922 auf das 71- bis 75fache der Höhe von 1914 gestiegen waren. Die Konferenzteilnehmer waren sich darin einig, daß die Preise der für die Bahnen wichtigsten Materialien vielfach über das durch die Geldentwertung gerechtfertigte Maß hinaus gestiegen sind. Eine hiesige städtische Straßenbahnbewerwaltung berichtet, daß der Preis für Millenidienen für das erste Septendrittel das mehr als 400fache gegenüber 1914 beträgt. Berlin plant die Erhöhung des Fahrpreises für eine Straßenbahnfahrt auf 15 M. Die „Westfälische Straßenbahn, Gerthe“ hat ihren

Die Sozialdemokratie und die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages traten am Montag zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Die außerordentliche Tagung war einberufen, um der Fraktion Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Beratungen der Agrarier auf Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide zu geben.

Die Wahl des neuen Fraktionsvorstandes wurde aus technischen Gründen bis zur ersten Sitzung der Wiederzusammenkunft des Reichstages verschoben. Vorläufig übernahmen die Genossen Hermann Müller und Dittmann den Vorsitz. Genosse Müller gab einleitend für die bisherige sozialdemokratische Fraktion den Wunsch auf ein brüderliches und kameradschaftliches Zusammenarbeiten der nunmehr gelösten marxistischen Fraktionen Ausdruck, dem sich Dittmann für die bisherige U.S.D.-Fraktion anschloß. Sodann erörtere die Fraktion das Andenken des verstorbenen Edmund Linau-Weipzig, der sich als langjähriger Parteigenosse für die Befreiungen der Sozialdemokratie verdient gemacht hat.

Zur Besprechung der Tagesordnung berichtigte Genosse Müller über die inzwischen geführten Verhandlungen betr. Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide. Reichswirtschaftsminister Genosse M. Schmidt begründete die Stellungnahme der Reichsregierung, die eine Erhöhung des Umlagegetreides — ohne zu dem Maß der Erhöhung endgültig Stellung genommen zu haben — für berechtigt hält. Die anschließende Debatte war äußerst reg. Mittags 1 Uhr wurden die Beratungen auf 8 Uhr vertagt.

Nach voraufgegangener fortgesetzter Aussprache wurde nachmittags gegen wenige Stimmen beschlossen, auf dem Boden des Umlagegesetzes zu verharren und die verlangte Preissteigerung für das erste Drittel abzulehnen. Die Fraktion bekannte zwar nicht, daß die rapide Geldentwertung in den letzten Monaten auch der Landwirtschaft eine Erhöhung eines Teiles der Produktionskosten gebracht hat. Sie sah jedoch darin keinen Anlaß von ihrer bisherigen Haltung zur Preisfestsetzung abzuweichen. Das Umlagegesetz ist von der Sozialdemokratie seinerzeit beschlossen worden, weil es einen gewissen Schutz der Verbraucher gegen die wilden Preissteigerungen infolge der Geldentwertung enthielt, der für Brot unerlässlich ist. Bedingung für diese Zustimmung aber war damals bereits die Festsetzung der Preise für das erste Drittel wesentlich unter den Konjunkturpreisen. Von diesem Standpunkt abzugehen und die durch Gesetz festgelegten Preise nachträglich zu erhöhen, lag für die Fraktion umso weniger Veranlassung vor, als die Not der Massen und die Gefahren für die Wirtschaft durch Teuerung und Arbeitslosigkeit seit dieser Zeit gewaltig gestiegen sind. Eine aus der nachträglichen Erhöhung der Umlagepreise für das erste Drittel entstehende Brotpreissteigerung würde also nicht nur Preisgabe des seinerzeit wohlverwogenen Standpunktes bedeuten haben, sondern auch zugleich Veräufßerung jener Gefahr, die durch die damalige Preisfestsetzung bekämpft werden sollte.

Die Minderheit der Fraktion verwarf ebenfalls die Höhe der agrarischen Forderungen, hielt es aber für richtig, den sozialdemokratischen Unterhändlern die volle taktische Freiheit zu lassen.

Der Beschluß der Reichstagsfraktion wurden gegen nur 12 Stimmen gefaßt!

Von den nach dem Umlagegesetz abzuliefernden 2 Millionen Tonnen Getreide sind bisher erst 123 000 Tonnen zur Ablieferung gelangt. Im Vorjahre waren in der gleichen Zeit bereits 400 000 Tonnen Vorräte abgefieert.

Internationaler Transportarbeiterkongress

Wien, 2. Okt. Hier wurde heute ein internationaler Transportarbeiterkongress eröffnet, auf dem 18 Staaten vertreten sind, darunter Deutschland durch 130 Delegierte.

Scharfe Erhöhung der Eisenbahntarife

W.B. Berlin, 3. Okt. Da die Reichsbahnen im Nahverkehr vielfach den drückenden Verkehrsunternehmungen den ihnen in erster Linie zukommenden Verkehr entziehen, hat der Reichsverkehrsminister bestimmt, daß vom 1. November d. J. ab die Mindestfahrpreise für Einzelsfahrkarten nach einer Entferrnung von 7 Kilometer, für Zeitkarten nach einer Entferrnung von 8 Kilometer berechnet werden. Diese Mindestfahrpreise betragen vom 1. November ab für einzelne Fahrkine im Fernverkehr in 4., 3., 2. und 1. Klasse 7, 10, 16, 30 M. für Monatskarten in 4., 3. und 2. Klasse 102, 152 und 252 M.

Der Reichsverkehrsminister hat den Ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrates auf Donnerstag, 5. Okt., zur Beratung über notwendig werdende weitere Tarifserhöhungen im Güter- und Personenverkehr einberufen. Dabei sollen auch die Beschwerden der Öffentlichkeit über die billigen Personentarife für Ausländer besprochen werden. Bis zum 15. d. M. muß eine erneute 60prozentige Erhöhung der Gütertarife eintreffen, da die zum 1. Oktober d. J. durchgeführte Tariffestsetzung nicht ausreicht, um die vermehrten Ausgaben zu decken. Eine 100prozentige Erhöhung der Personentarife tritt am 1. November d. J. ein. Ihre weitere Erhöhung zum 1. Dezember bildet gleichfalls den Gegenstand der Beratungen des Ausschusses.

Die Lage im Osten

Die Regierung in Konstantinopel

W.B. Paris, 3. Okt. Havas berichtet aus Konstantinopel, man kündigt in den Kreisen der Porte an, die Regierung von Konstantinopel habe sich entschlossen, ihren Vertretern in Paris und London die Instruktion zu erteilen, die Geschäfte als Vertreter der großen Nationalversammlung zu übernehmen. Obwohl der Gesundheitszustand des Sultans ihn zwingt, sich von der Regierung zurückzuziehen, ist die Kadreit von seiner Abdankung verrihlt.

Ginspruch Russlands gegen die englische Blockade

W.B. London, 3. Okt. Eine gestern hier eingegangene russische Note erhebt in heftiger Form Einspruch gegen die britische Blockade der Dardanellen und des Bosporus. Die Note der Sowjetregierung erklärt, Rußland habe zahlreiche Aufträge in Europa und Amerika untergebracht und der Transport auf der See nach den Schwarzen Meereshäfen sei die gezeigteste Methode, um die Mehrzahl der Waren abzuliefern. Durch Sperrung der Meerengen hinderten die Mächte den Wiederaufbau Rußlands. Die Freiheit der Meerengen, für die Europa wiederum bereit ist, nur zu verlegen, bedeute nur die Freiheit der Contentemächte, die Meerengen jeden Augenblick und unter jedem Vorwand zu blockieren. Zum Schluß erklärt die Note, die russische Regierung bestehe auf der Aufhebung der Blockade der Meerengen und aller Beschränkungen, die von Großbritannien und seinen Alliierten verhängt und in Kraft gesetzt worden seien.

Räumung der neutralen Zone und Weltkriazens

W.B. Paris, 3. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Smyrna verlautet, daß die neutrale Zone von den türkischen Truppen geräumt worden sei.

W.B. London, 3. Okt. Dem „Evening Standard“ zufolge hat das britische Kabinett beschlossen, daß die britischen Truppen Weltkriazens unverzüglich räumen sollen, da Griechenland dieses Gebiet doch aufgeben mußte.

Sowjet-Rußlands Wehrmacht

London, 3. Okt. Nach einer Meldung aus Moskau hat der allrussische kommunistische Vollzugsausschuh den obligatorischen Militärdienst für alle Männer zwischen 20 und 40 Jahren beschlossen. Infanterie und Kavallerie haben 18 Monate, die übrigen Landtruppen 30 Monate, die Marine 4 1/2 Jahre aktiven Dienst zu leisten.

Lohn auf 15 M für eine, 19 M für zwei und 22 M für drei Teilstrecken erhöht. Kottbus denkt an völlige Einstellung des Straßenbahnverkehrs. Die Hochspannungsförderer Straßenbahnen sehen sich zur Stilllegung großer Teilstrecken genötigt. Auch Halle droht mit Betriebseinstellung.

Das schwindende Vertrauen zur Mark veranlaßt einen erschreckenden

Rückgang des Sparwesens.

Auch die „Reinen Leute“ bemühen sich, ihr Geld in Sachwerten anzulegen, um Verlusten durch die weitere Geldentwertung zu entgehen. Die Sparguthaben bei öffentlichen Sparkassen betragen in Deutschland vor dem Kriege beinahe 20 Milliarden Goldmark und werden für August 1922 nur noch auf annähernd 141 Millionen Goldmark geschätzt. Was das für die Gemeinden bedeutet, zeigt am besten der kürzlich gewordene Beschluß der Girozentralen auf dem Allgemeinen deutschen Sparkassentag in Goslar, den Gemeinden den Kredit zu verweigern.

Die den Gemeinden nach der großen Reichsfinanzreform verbliebenen

Steuerquellen fließen zu spärlich,

am den gewaltig gestiegenen Anforderungen der Gemeindeverwaltung zu genügen. Auch der Anleihemarkt ist ihnen so gut wie verschlossen. Mit den Vorschlägen der Girozentrale: Vermeidung aller ungedeckten Ausgaben, Verklärung der Betriebsmittel für die kommunalen Werke, Einstellung der Zahlung von Steuerzuschüssen, werden die Gemeinden wenig anfangen können. Reich und Länder zeigen wohl Einsicht und guten Willen zu helfen, sind aber behindert durch die eigene Notlage. Inzwischen schränken sich die Gemeinden ein, verzichten auf Verkehrsbequemlichkeiten, auf Ausführung ihrer Bauprogramme, beschränken den Schulbetrieb, lassen ihre Bibliotheken verrotten, ihre Stadttheater und Orchester darben; ja neuerdings kommt aus der sächsischen Gemeinde Böbejün die Nachricht, daß die Straßenbeleuchtung eingestellt worden ist, weil die Stadt mit Zahlungen beim Kraftwerk im Rückstand bleibt.

Das sind Folgen der Reparationslasten. Erst dann werden auch den Gemeinden andere Reize blühen, wenn man im Ausland einfließt, daß die Reparationsfrage in ökonomischem Sinne gelöst werden muß.

Viktor Noad.

Ueber die Frage, wer die Schuld am Kriege trägt

ist schon sehr viel geschrieben und geredet worden, ohne daß eine endgültige Entscheidung gefallen ist. Nach dem Versailler Friedensvertrag trägt Deutschland die Alleinverantwortung am Kriege, und die unter dem Jwang der Bajonette erzwungene deutsche Unterzeichnung unter dieses Schuldverkenntnis dient den Ententeallianzen dazu, ihre Unschuld zu beweisen. Vorher schon, während des Krieges, bemühten sich die verschiedensten Regierungen, durch alle möglichen Buntbücher, die Entlastung des Krieges attemmäßig darzustellen. Buntbücher sind aber nicht dazu da, um die Wahrheit zu sagen, sondern um die Unschuld des betreffenden Staates zu betonen. Zu diesem Zweck werden sie feilscht und gefälscht.

Der ehemalige deutsche Gesandte in Bern, Herr v. Namborn, hat jochen eine Broschüre unter dem Titel „Die Fälschungen des russischen Orangebuchs“ herausgegeben. Durch die Einfügung der in bestimmter Absicht aus dem Orangebuch herausgelassenen Stellen in einzelnen Depeschen und die Einschaltung der unterdrückten Depeschen geht klar hervor, daß — was die ganze Welt weiß — Deutschland nicht der Alleinverantwortung am Kriege ist. Der russische Geschäftsträger in Paris sagt in einem Telegramm vom 24. Juli 1914 „Deutschland wünscht die Lokalisierung des Konfliktes, da die Einmischung einer anderen Macht auf Grund der bestehenden Verträge unberechenbare Folgen nach sich ziehen müßte“. In einem anderen Telegramm vom 26. Juli sagt er, man neige zu der Ansicht, Deutschland und Oesterreich wollen einen „glänzenden diplomatischen Sieg“, aber „nicht auf alle Fälle Krieg“. In einem Telegramm vom 27. Juli sagt der russische Minister des Auswärtigen dem Botschafter in Paris, daß Russland jeden „mäßigen Einfluß in Petersburg“ von vornherein ablehnen muß. Ueber die Haltung der französischen Regierung sagt der russische Botschafter in einem Telegramm vom 31. Juli: „daß die Regierung zum Verzehe fest entschlossen sei“ und daß alle Anstrengungen gegen Deutschland gerichtet sein werden. Endlich wird durch eine Reihe anderer Telegramme gezeigt, wie ängstlich Frankreich, das sich ganz Russland verschrieben hatte, darauf bedacht war, die Mobilisation seiner Armee nicht vor der deutschen Mobilisation zu proklamieren, um Deutschland als den Angreifer hinzustellen.

Bauarbeiterlöhne und Baukosten

Man schreibt uns: Wenn man heute mit der Staatsbahn, oder mit der Elektrischen fährt, wenn man in einem Lokal bei einem Glas Bier oder Wein sitzt, kann man mitunter recht interessante Unterhaltungen hören. Da wird Kritik geübt und geschimpft auf die Regierungen, auf das Parlament, auf die Stadtverwaltungen usw. Kein gutes Haar wird gelassen am Handel und an der Industrie; in Grund und Boden werden vernichtet die bösen Sozialdemokraten und die Gemerktschaften, die schuld daran sind, daß die Arbeiter so hohe Löhne bekommen. Man muß staunen über die grenzenlose Unwissenheit, die bei solchen Unterhaltungen manchmal zum Ausdruck kommt.

Ist dann bei derartigen Gelegenheiten der erste Teil der Unterhaltung über „Allgemeines“ erschöpft, dann kommen Spezialfragen an die Reihe. Die Frage der Wohnungsnot und die hohen Baukosten spielen dann eine sehr wichtige Rolle und nicht selten kommt es vor, daß ein ganz „Gesehter“ davon überzeugt ist, daß die Wohnungsnot längst beseitigt wäre, wenn — die Löhne der Bauarbeiter nicht „so unerschämmt hoch wären“. Wenn, wie es bei derartigen Anlässen meistens der Fall ist, sich um Leute handelt, die vom Baugewerbe und von der Entwicklung der Baukosten nichts verstehen, und trotzdem von diesen Dingen glauben reden zu müssen, so muß man das entschuldigend, obwohl man annehmen sollte, daß vernünftig denkende Menschen kein Urteil fällen über Dinge, die sie nicht verstehen. Aber sehr oft sind es die Arbeitgeber des Baugewerbes, von denen man allerdings annehmen sollte, daß sie orientiert sind über die Ursachen der hohen Baukosten, die solche irreführende Behauptungen aufstellen. Selbst herrliche Vertreter des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, z. B. Herr Senfius Dr. G. 11. 1. 1. 1., hat bei einer Verhandlung im Arbeitsministerium die Behauptung aufgestellt, daß die Industrie das Baugewerbe einstellt, weil die Löhne der Bauarbeiter zu hoch seien. Wenn der Herr Senfius, der allerdings erst kurze Zeit für den Arbeitgeberverband tätig ist, sich solche Sachen hätte, die Entwicklung der Baukosten objektiv zu studieren, würde er niemals den Bauarbeiterlöhnen die Schuld an den hohen Baukosten geben. In folgendem soll gezeigt werden, daß nicht die Löhne, sondern die Baukosten an den hohen Kosten schuld sind und daß es als ein dummes Geschwätz bezeichnet werden muß, wenn gedankenlos das Gegenteil behauptet wird. Im Jahre 1914 kosteten: 1000 Bausteine 25 M., heute 7195 M., Steigerung 287,8fach. Ein Sack Zement kostete 1914 2.20 M., heute 400 M.; Steigerung 181,7fach.

Bauhols, welches man 1914 für 30 M. pro Kubikmeter beschaffen konnte, kostet heute mindestens 25 000 M. (Wer für diesen Preis noch kaufen kann, hat Glück.) Steigerung des 833,7fache.

Kalk, Gips, Dachziegel, kurz alle Baustoffe sind im gleichen Verhältnis teurer geworden.

Vergleichen wir den Lohn mit dieser Steigerung: Im Jahre 1914 betrug der Tariflohn eines Maurers 59 1/2 pro Stunde ober-

im Tag 5.60 M. Heute beträgt der Taglohn 640 M. Also eine Steigerung um das 114,2fache.

Wenn dieser Artikel veröffentlicht wird, sind die Löhne der Bauarbeiter wieder erhöht worden. Bausteine sind auf über 8000 M. pro Kubikmeter und Bauholz auf nahezu 25 000 M. pro Kubikmeter gestiegen. Also auch mit dieser Erhöhung ist einwandfrei nachgewiesen, daß die Löhne nur einen kleinen Teil der gesamten Baukosten ausmachen.

Vergleicht man weiter den Preis für einen Kubikmeter Backsteinmauerwerk im Jahre 1914 gegenüber dem Preis im September des J. 22., dann ergibt sich folgendes Resultat:

Preis 1914:

a) Baustoffe: 360 Bausteine à 2.5 M. 900 M.	280 Liter Mörtel à 0.0080 M. 2.24 M.	Baukosten 11.50 M.
b) Arbeitslohn: 7 Gefellenstunden à 59 1/2 M. 416.75 M.	3.5 Tagelöhnerstunden à 49 M. 171.50 M.	1.5 Jungenstunden à 29 M. 43.50 M.
		Arbeitslohn 627 M.

Preis im September 1922:

a) Baustoffe: 360 Bausteine à 7.195 M. 2590.20 M.	280 Liter Mörtel à 1.20 M. 336 M.	Baukosten 2926.20 M.
b) Arbeitslohn: 7 Gefellenstunden à 80 M. 560 M.	3.5 Tagelöhnerstunden à 76 M. 266 M.	1.5 Jungenstunden à 45.80 M. 68.70 M.
		Arbeitslohn 894.40 M.

Lohnanteil 1922 23.41 Proz., Baustoffe 76.59 Proz.

Aus diesen beiden Beispielen ist klar und deutlich zu ersehen, daß nicht die Löhne der Bauarbeiter die Baukosten so gewaltig verteuern, sondern daß dies vor allem dem unvernünftigen Baustoffwucherer zuzuschreiben ist. Während im Jahre 1914 der Lohnanteil eines Kubikmeter Mauerwerks 35.28 Proz. betrug, ist dieser im September 1922 auf 23.41 Prozent zurückgegangen. Würde Lohnanteil und der Preis für Baustoffe seit 1914 im gleichen Verhältnis gestiegen sein, dann müßte bei einem Preis für einen Kubikmeter Mauerwerk von 8820.60 M. der Lohnanteil fast 894.40 M. die Summe von 1347.00 M., also ein Mehr von 458.50 M. betragen, während der Preis für Baustoffe nur 2472.70 M. anstatt 2926.20 M., also 453.50 M. weniger sein dürfte.

Wenn nun noch betont wird, daß obige Rechnungen genau nach der Kalkulationsgrundlage des Hochbauamtes der Stadt Karlsruhe aufgestellt sind, darf man wohl annehmen, daß das Geschimpfe gegen die Bauarbeiter und ihre Löhne endlich unterbleibt und der Woll durch zum Austrag gebracht wird, wo dies angebracht ist, nämlich bei den Baustoffwucherern. A. B.

Genossenschaftsbewegung

5000 M. Geschäftsanteil

In der Spitze derjenigen Konsumvereine, die nach den an den Zentralverband Hamburg in letzter Woche gelangten Berichten ihren Geschäftsanteil der Geldentwertung entsprechend heraufgesetzt haben, steht ein süddeutscher Verein mit 5000 M. Geschäftsanteil. Um folgt eine rheinische Genossenschaft mit einem Mitgliederanteil von 3000 M. Die Zahl der Vereine, deren Generalversammlungen 2000 M. festgesetzt haben, beträgt 17. Sechs Vereine haben 1500 M. beschlossen und 9 Konsumgenossenschaften erhöht den Anteil auf 1000 M. Eine Anzahl weiterer Vereine sind mit ihren Anteilsbeträgen unter dem Satz von 1000 M. geblieben, was nicht von langer Dauer sein kann. — Eine Landesversammlung der bairischen Konsumvereine hat beschlossen, die Vereinsverwaltungen zu verpflichten, sofort außerordentliche Generalversammlungen einzuberufen, in denen der Geschäftsanteil auf mindestens 2000 M. gebracht wird, durch Einlösung und restlose Auffüllung des Geschäftsanteils Sorge zu tragen und Rückvergütung erst dann zur Auszahlung zu bringen, wenn der Geschäftsanteil erfüllt ist.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

den hat. Um fünfzig Dollar wollte er meinen Dampfplugg über alle Himmel erheben. Im die Hälfte, wenn ich sofort bar bezahle. Zwei Artikel von je zwei Spalten, die ich morgen selbst liefern könne, wenn ich wolle. Dies war in der Tat billig. Die Zeitung hatte ohne Zweifel einen Einfluß und keine Momente. Aber — wer weiß? — ein geschickt geschriebener Artikel aus dem Süden ging in andere Weltungen über. Man war gegenwärtig in der ganzen Union neugierig, was in New Orleans vorging. Ich legte fünfzigzwanzig Dollar auf den Tisch, lud den Redakteur zum kommenden Dampfpluggfrühstück ein und hatte in Doktor Wurzel nach seiner Besichtigung den treuesten Freund gewonnen, den ich in diesem Falle ebenfalls nach Doktor Wurzel — gottverfluchten Süden finden konnte.

Wollen
Mit all diesen Seitenstößen war es spät am Tage und höchste Zeit geworden, nach der Hauptstadt zu gehen, von der alles anders abhing. Ein heftiges Gewitterfrühstück, Mittag- und Abendessen, in einseitiger Zusammenkunft, die eine Wirtschaft in der Kanalstraße bot, setzte die menschliche Maschine wieder in arbeitsfähigen Zustand. Aber es war fast Dämmerung, ehe ich auf die Bevez einbog, um nach dem „Wilden Westen“ zu fahnen. Der gewaltige, halbteufelartige Landungsplatz, den der Mississippi gegen die Stadt hin ausgegraben und vertieft hat, lag schon in seiner Feierabendstille vor mir. Für eingeborene Landstrichen bleibt ein Seehafen, in welcher Form er sich auch darstellt, zeitweilig ein Anblick, der das Blut in lebhaftere Wallung bringt. Der Bogen der Bevez von New Orleans, der zu einem großartigen Staben ausgebauten Schutzdämme der Stadt, macht hiervon keine Ausnahme. Man sieht, wie der gewaltige Strom schon hier, achtzig Meilen von der See, einen großen Kontinent mit den Keeren aller Weltteile verbindet. Gegen Norden reißt sich, engebrängt, nur mit den Vorderseiten das Ufer berührend, Boot an Boot; die phantastisch verzerrten schwimmenden Kaläfte des Mississippi, des Missouri, des Ohio mit ihren Riesenschiffen und ihren barock geformten Doppelschornsteinen; dahinschieben auch kleinere Dampfer, unter ihrer Last von Baumstücken und Zuckerrüben fast verteilend. Nach Süden liegen die Seeschiffe, schwarze, wuchtige Massen, die volle Dreizeite gegen das Ufer gelehrt, handhoch aus dem Wasser ragend, die roten Schraubenflügel, unheimlichen Seeungeheuern gleichend, halb in der Luft, ihre stumpfen, trüben Rammes kaum über der Wellenfläche sichtbar. Noch weiter unten liegen die Segelschiffe: Schoner, Brigantinen und Dreimastler jeder Art und Größe, die mit ihren Masten und Tauen eine zerklüftete, wenn auch unentworfene Füllgrabenheit in den goldenen Abendhimmel zeichnen. Das sind die Gäste aus der Sabana und dem Golf, aus Rio und Lucebes, aus Genoa und Stockholm, aus Liverpool und Southampton und vor allem aus der eigenen Heimat, aus Bremen und Hamburg. (Fortsetzung folgt.)

Hinter Pflug und Schraubstock

80
Szenen aus dem Leben eines Inventaurs
Von Max G. G. G.
(Fortsetzung.)

„Ich mußte Sie auf heute vertreiben. Meine Herren, auch heute ist unsere Kasse“ — der Redakteur hob ein Blechbüchlein, das neben ihm stand, in die Höhe, öffnete es feierlich und zeigte nach allen Seiten das glänzende Vatuum seiner Innenseite — „diese unsere Kasse ist leer! Wollen Sie sich gefälligst selbst überzeugen.“ Hinte er in horizontaler Zone bei, indem er sich an seine nächsten Nachbarn, einen geminnigen alten Seher und zwei schwächliche zwölfjährige Jungen, wandte, die ihn hungrig ansahen.

„Aber wo der Teufel ist das Geld von gestern?“ fragte einer der fünfzehn, dessen trockene Kehle eigenümlich krächzende Rautz hervorbrachte. Der Mann war sichtlich übermäßig durstig.

„Sie haben ein Recht, diese Frage aufzuwerfen, berechtere Freund!“ entgegnete der Redakteur mit einem mitleidigen Blick auf den Sprecher. „Ich werde sie beantworten. Wir hatten das Unglück, gestern abend den Besuch des Geschäftsführers unsers Papierlieferanten zu empfangen. Ich stand vor der peinlichen Gewißheit, der heutigen Ausgabe der „Deutschen Zeitung“ die „Lousiana“ papierlos entgegenzusetzen zu müssen. Ich hatte die Wahl, den nicht ganz unberechtigten Forderungen des unerbittlichen, ich darf sagen, herzlosen Geschäftsmenschen zu trotzen und damit uns alle zu vernichten, oder ihm den Inhalt unsrer Kasse einzuhändigen. Da gedachte ich Ihrer Seelenstärke, meine Herren, gedachte der deutschen Treue, die sich in schweren Zeiten seit zwei Jahrzehnten bewährt hat. „Weiter“, sagte ich, „noch einmal ohne Geld vor meinen Freunden zu erscheinen als ohne Papier.“ Und nun“ — der Ton des Wahnens wurde um eine halbe Oktave tiefer, seine Stimme setzte sich in kalten und sein blonder Haarbusch schien in die Höhe zu steigen — „und nun, meine Lebensgenossen, frage ich Sie, Sie selber werden entscheiden. In Ihre Hand lege ich das Banner unsrer großen Sache. Wollen Sie — ja oder nein — wollen Sie nochmals zwei Wochen ungelohnt in aller Treue Ihre Pflicht erfüllen? Oder wollen wir gemeinsam das sinkende Schiff verlassen und jeder für sich an unbekanntem Strande eine zweifelhafte Rettung suchen? Im ersteren Falle“ — er befiel plötzlich wieder in den gemüthlichen Gesprächigen, in welchem er alle wichtigeren Teile seiner Rede vorzutragen schien — „im ersteren Falle bekommen Sie vorläufig allerdings noch einmal nichts, aber es wird ohne Verzug wiedergedruckt. Im zweiten Falle schließe ich die Kasse, und Sie bekommen auch nichts.“

„Weiterdrucken!“ riefen die zwei hungrigen Jungen mit vor Begeisterung glänzenden Augen.

„Abstimmen!“ stöhnte der Durstige.
„Abstimmen!“ riefen noch drei oder vier der Älteren, und so kam es nach den besten Regeln eines in Trübsal geläuterten Parlamentarismus zur nennentzlichen Abstimmung. „Der Herr Doktor Müller?“ — „Weiterdrucken!“ — „Der Herr Seher?“ — „Der Teufel hole die ganze Wude samt dem Herrn Redakteur; schließen!“ — „Der nächste?“ — „Weiterdrucken!“ — „Weiterdrucken!“ — „Schließen!“ — „Weiterdrucken!“ und so weiter.

Die Abstimmung war rasch beendet. Der Redakteur tat einen tiefen, theatralischen Atemzug und begann wieder: „Meine Herren und Freunde! Das Ergebnis unsrer Abstimmung ist das zornartige. Die deutsche Treue hat auch auf fremder Erde abermals stänigend gehigt. Gedenken Sie, meine Herren, den Inhalt der Wude, acht fünf Weiterdrucken. Die gute Sache ist gerettet. Wie ein Phönix wird das Banner der Deutschen Zeitung von Louisiana“ aus der Asche dieser vorübergehenden Prüfung erziehen, und Arm in Arm mit dem sternbesäten Banner dieses großen und freien Landes“ — Er hielt plötzlich an, wie wenn ihm etwas Wichtiges eingefallen wäre. — „Meine Herren! Ich bitte die Herren Seher, sich an ihre Plätze zu begeben. Es ist höchste Zeit, wenn die Abendzeitung rechtzeitig auf die Straße kommen soll. Und, bei Gott, wir müssen heute abend etwas Geld haben. Was einget, wird verteilt. Rasch an die Arbeit, meine Kinder!“ — Was wünschen Sie!

Das galt mir. Der kleine Vienenfuch war in einer halben Minute in voller Tätigkeit. Der Redakteur, Herausgeber und Eigentümer der „Deutschen Zeitung von Louisiana“ trocknete sich den Schweiß von der Stirne und gab mir vorzüglich die Hand. Ich war ein Landmann. Sollte ich gekommen sein, ihn anzupumpen?

„Sie kommen in einem nicht ganz glücklichen Augenblick, berechtere Herr!“ sagte er, ohne jedoch im geringsten verlegen zu sein. Das nennen wir den Kampf ums Dasein. Er ist Ihnen vielleicht aus den neuesten Schriften eines gewissen Darwin bekannt. Hier sehen Sie die Theorien des großen Naturforschers in natura.

„Es war mir höchst interessant, und ich wünsche Ihnen Glück zu Ihrem Siege“, sagte ich höflich. „Ich verheze und würdige Ihre freundliche Erregung, denn auch ich, Herr Doktor!“ — Er nickte freundlich.

„auch ich bin damit beschäftigt, im Kampf ums Dasein ein kleines Gemepel vorzubereiten.“

„Was? Das nicht hier bei uns?“ rief der Redakteur. „Sie haben gehört, wie es augenblicklich bei uns steht. Augenblicklich. Der Zustand ist ohrenschmerzhaft. Ich kann Sie nicht drängen.“

„Wellecht doch“, entgegnete ich zuderschämlich und erklärte ihm, um was es sich handelte. Jetzt erst schüttelte er mir die Hand nach gut amerikanischer Art und dann beide Hände wie ein Deutscher, der seinen längst erwarteten Schützengel gefun-

Die „Meuterer“ von Löben vor Gericht

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Im Arbeitsjahr des Gefängnisses in Löben begann am Freitag der Prozess gegen 96 Angehörige der 9., 10. und 11. Kompanie des Reichswehrregiments 2 in Löben. Die Verhandlungen wurden geführt von der Zivilkammer des Landgerichts Löben. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: In der 9. Kompanie des genannten Regiments war gegen den stellvertretenden Kompanieführer Oberleutnant Reichel starke Mißstimmung entstanden, weil er u. a. die Mannschaften mit „Die Schweinehund“ tituliert, ihnen drohte, „Ich schlage Sie in die Schenkel“, daß Sie in die Kasse fliegen! und auf einem 30 Kilometer langen Übungsmarsch trotz Wittern des Vertragensmannes das Bereitstellen von Wasser verweigerte. Ähnliche Verhältnisse waren in der 10. Kompanie vorherrschend. Auch hier wurden die Mannschaften durch den Kompanieführer Hauptmann Schüler mit gleichen Ausdrücken bedacht. Schüler ritt ferner in Bewegung befindliche Kolonnen hinein und fürzte nach Quänteln den Urlaub der Soldaten. Er bestreitet zwar, in Kolonnen hineinzugetreten zu sein, gibt aber zu, daß er hinter langsamem Beugen hergeritten ist, um sie zum schnellen Kaufen zu veranlassen und bestreitet nicht, schwere Ausdrücke gebraucht zu haben, wenn er sich auch nicht entsinnen kann, daß Worte wie „Schweinehund“ bei ihm Anwendung fanden. Dagegen behaupten mehrere Angeklagte, daß Schüler einmal äußerte: „Ihr Schweinehund, ihr Lämmer, ich werde Euch durch ein Messer am Sonntag und am Montag das Hummeln am Sonntag austreiben!“

Zuletzt wurden solche Märsche auch angeführt. Die durch diese Zustände hervorgerufene Mißstimmung erfuhr durch folgende Vorgänge eine weitere Steigerung. Am 7. Juli sangen einige Leute der 9. Kompanie im Besonderen Arbeiterlieder, darunter das bekannte „Wer schafft das Gold zutage“. Der Unteroffizier vom Dienst unterlagte das Singen, worauf von den beteiligten Mannschaften einige Disziplinlosigkeiten erfolgten. Der Unteroffizier stellte die Namen der Mannschaften fest und meldete sie. Am Sonntag, den 9. Juli, trafen sich zufällig mehrere der daran beteiligten Mannschaften in einem Tanzlokal. Sie besprachen dann später in einer improvisierten Versammlung im Wirtshaus, was zu tun sei, um einer Verhaftung zu entgehen. Es wurde beschlossen, am Montag nach dem Stadtmarkt eine Versammlung einzuberufen, die aber den Vorgesetzten geheimgehalten werden sollte. Diese Versammlung wurde von ungefähr hundert Leuten verschiedener Kompanien besucht. Folgende Forderungen, die den Offizieren vorgetragen und eifrig mit Gewalt durchgeführt werden sollten, fanden Annahme: Ausschaltung der Feuerungsabteilung, bessere Behandlung, weniger Dienst, Entfernung der Kaiserbilder und gewisser militärischer Offiziere. Beschlössen sollte dann zum Offizierskasino marschiert werden. Auf dem Kasernenhof kam es nunmehr zu den bekannten Vorgängen, in deren Verlauf mehrere Soldaten, die sich mit Waffengebrauch Eingang in die von Unteroffizieren besetzten Kasernenküchen verschaffen wollten, inhaft genommen wurden. Andere egehrte Pläne, wie die Hefte Wachen zu verlassen, falls der Ruffschlüssel gelte, kamen nicht zur Ausführung. Auch die Auffassung unklarer Äußerungen, die öffentliche Verhöhnung, die Verhaftung und die Verhaftung der Offiziere, soweit sie sich nicht weigerten, wurden beschlossen, oder gar eine Arbeiterregierung ins Leben zu rufen, blieb lediglich ein Dingspiel. Bei der Propaganda dieser unklaren Ideen hat ein anscheinend als Beschäftigter dienender Mann des Regiments Plentert eine unangelegte Rolle gespielt. Das Verdict ging auf die Tätigkeit dieses Mannes nicht ein; ebenso wurde er in der Urteilsbegründung nicht erwähnt. Ein Zusammenhang der Vorgänge mit kommunistischer Agitation konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Das Gros der Beteiligten ist nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme als tüchtige Militärführer zu betrachten, die sich über die Folgen ihres Tuns durchaus im klaren waren. Sineu kommt, daß über das Verfallungsrecht der Mannschaften, insbesondere über die einzuholende Genehmigung zu Versammlungen, überhaupt keine Instruktion erteilt war.

Der Staatsanwalt beantragte für die Hauptbeteiligten Gefängnisstrafen von zwei Jahren zwei Monaten bis 1 Jahr 6 Monaten, für die übrigen Gefängnisstrafen von 2 bis 6 Monaten und darunter. Mehr Angeklagte wollten er freigesprochen wissen. Er nannte die Tat einen dummen Verstandesverbrechen, der aber symptomatisch sei für die Zeit, in der wir leben. Unfassbar war dem Staatsanwalt, daß eine deutsche Truppe meutern konnte, weil der Dienst zu schwer sei und weil die Kaiserbilder noch nicht entfernt worden waren. In der Revolution 1918 hätten wir Ähnliches hinnehmen müssen, doch seien jetzt andere Zeiten. Er spricht in verächtlichem Tone von den „Freiheitsliebenden“, die die Soldaten getötet hätten.

Nach mehrstündiger Beratung verurteilt der Vorsitzende Landgerichtsrat Stahl das Urteil. Die Hauptbeteiligten, Hoffmeyer und Robert, erhalten je drei Jahre zwei Monate Gefängnis, Hantel und Pöselow je ein Jahr und 6 Monate wegen Auftrags mit der Waffe, Abhaltung von geheimen Versammlungen usw. Die übrigen Angeklagten werden geringere Verurteilungen. So endet nach zehntägiger Verhandlung ein tüchtigstes Unternehmen mit der Verurteilung von 7 jungen Menschen, die sich zum größten Teil über die Folgen ihrer Tat nicht im klaren waren.

Aus der Zeugenvernehmung ist noch ein interessanter Fall zu berichten: Ein Zeuge, Drinmann, beklagt einen der Angeklagten recht schwer, indem er behauptet, der Angeklagte hätte die Entfernung der Offiziere verlangt. Unwidersprochen von dem Zeugen Drinmann stellt der Angeklagte fest, daß der Zeuge aus Anlaß des Wortes an Rathenau äußerte: „Das ist gut, daß das Schwein fort ist, es werden noch andere folgen.“ Er, der Angeklagte, habe sich in der Form geäußert: „Es ist doch wunderbar, daß immer ehemalige Offiziere an solchen Wörtern beteiligt sind. Reaktionen Offiziere müßten aus der Reichswehr entfernt werden.“ Der Angeklagte, übrigens sonst wenig beklagt, ist aus der Reichswehr entlassen. Der Zeuge, der sich über den Marsch zu einem Minister der Republik freut und das unverhohlen äußert, ist heute noch Angehöriger der Reichswehr.

Badische Politik

Zum Abschluss des Gewerkschafts Niederbühl schreibt uns ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter: An den so plötzlich herbeizurufenen Knüpf sich ein Vorgang im badischen Landtag an, der draußen in der Agitation viel besprochen wurde und zu schweren Angriffen auf die Gegner des Aktivistentages führte. Als Niederbühl noch Abgeordneter war, brachte er einen Antrag ein, daß die badische Regierung für eine Lockerung des Aktivistentages im Landwehr bei der Reichsregierung eintreten solle. Niederbühl begründete auch seinen Bericht gegen diese wirtschafliche Erregung der Revolution.

Aber da gab's Sturm! Die Sozialdemokratie machte heftige Zwischenrufe und etwa 4 ihrer Redner traten sofort ganz schärf gegen Niederbühl auf. Dieser jedoch erhielt Sarkasmus vom 3. n-

rum und von den Deutschnationalen. Das Haus war schwach besetzt, als die Abstimmung folgen sollte. Die Gefahr bestand, daß der Niederbühlische Antrag, wenn auch nur mit wenigen Stimmen, Annahme fand. Alle irgendwie in Karlsruhe zu erreichenden Abgeordneten wurden herbeitelephoniert, da jede Fraktion ein Interesse daran hatte, ihre Mitglieder zur Abstimmung bereit zu haben. Die Abstimmung folgte denn auch und sie ergab — Ablehnung des Antrages Niederbühl mit 22 gegen 28 Stimmen! Verblüffung und Neugier auf Seiten der Antragsteller, Befriedigung vor allem auch auf den Seiten der Sozialdemokraten, daß es gelungen war, den ersten ernsthaften Mißlingensversuch zu vermeiden.

Niederbühl stand im politischen Leben ziemlich weit rechts, aber anerkannt wurde auch von links, daß er ein tüchtiger und erfolgreicher Sozialist war. Inzwischen der Handwerker war, der er im vorigen Jahre u. a. seine Berufung in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat verdankte.

Aus der Partei

Gemeinde- und Bezirksvertreter-Konferenz in Ettlingen
Am Sonntag, 15. Oktober, vorm. 10 Uhr, findet im „Darmstädter Hof“ in Ettlingen eine Gemeindevertreter- und Bezirksvertreter-Konferenz für den Amtsbezirk Ettlingen statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag über „Die bevorstehenden Gemeindevahlen“. Nachdem nun eine Wiedereröffnung mit der U.S.P. stattgefunden hat, ist es notwendig, daß die auf der letzten Konferenz der Bezirksrat und die Kreisversammlung aufgestellten Listen einer Revision unterworfen werden. Es ist Pflicht aller Ortsvereine, auf dieser Konferenz vertreten zu sein; besonders aber richten wir an die Mitglieder, diesmal ihre Pflicht zu erfüllen. Nur noch wenige Wochen trennen uns von den Wahlen und es muß daher die endgültige Vorarbeit erledigt werden.
Der Bezirksvorstand: J. A. L. Gunt.

Eine Bezirkskonferenz der Bezirke Bruchsal und Philippsburg findet am Sonntag, 8. ds. Ms., vormittags 9 Uhr in der „Falk“ in Bruchsal statt. Die Tagesordnung lautet: „Stellungnahme zur Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahl“, sowie Vorschlag der Kandidaten. Pflicht jedes Ortsvereins ist es sich auf der Konferenz vertreten zu lassen.

Gewerkschaften und Arbeiterpresse. Unser Schaffensburger Bruderblatt berichtet: Eine Versammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes hat beschlossen, angeführt der ungenügenden Pressearbeit, von der auch das Organ der werktätigen Bevölkerung Schaffensburgs, die „Volkzeitung“, nicht verschont bleibt, von Wichtigem Betrag von 20 M. zu erheben und den gesamten Betrag an die „Volkzeitung“ zur Stärkung ihres Betriebskapitals abzugeben. Dem Gewerkschaftsrat wird empfohlen, diesen Beschluß sich zu eigen zu machen und diesen Betrag für die gesamten freizugeworbenen Gewerkschaften Schaffensburgs und Umgebung einzuführen. Zugleich hat eine lebhaft Agitation unter sämtlichen Mitgliedern des Verbandes einzusetzen, damit jeder Referat der „Volkzeitung“ wird. Die freizugeworbenen Arbeitervereine müssen es als erste Pflicht ansehen, ihr Organ nicht nur zu erhalten, sondern so auszubauen, daß es alle anderen Zeitungen überflüssig macht.

Neue Zeitungspreise

Die außerordentliche Verteuerung der Herstellungskosten der Zeitungen hat für den Monat Oktober eine weitere Erhöhung der Zeitungsabzugspreise notwendig gemacht. Es lauten im Monat Oktober:

Berliner Tageblatt	400 M.
Franfurter Zeitung	400
Damburger Korrespondent	325
Kölnische Zeitung	300
Börsen-Courier	300
Börsen-Zeitung	300
Deutsche Allgemeine Zeitung	300
Deutsche Tageszeitung	300
Magdeburgerische Zeitung	300
Arbeiter-Zeitung	250
Rechtliche Zeitung	250
Rechtlicher Neueste Nachrichten	220

Unter diesen Zeitungen sind nur einige, die zweimal täglich erscheinen. Die meisten von ihnen sind ausgeprägte Intelligenzblätter. Trotzdem müßten die Zeitungspreise auf über 200 M. erhöht werden.

Gemeindepolitik

Wiesbaden, 2. Okt. Die Schulden der Stadt betragen rund 186 Millionen Mark gegen 140 Millionen im Voranschlag 1921. Andererseits hat sich das Reinerlösniveau der Stadt auf 133,7 Millionen erhöht. 62 Millionen Mark sind durch eine Umlage von 8 M. auf das Liegenschafts- und Betriebsvermögen zu decken.

Badischer Städtebund

(Verband der mittleren Städte)

Der geschäftsführende Ausschuss des badischen Städtebundes hielt am 28. ds. Ms. in Offenbach eine Sitzung ab. Insbesondere wurden folgende Gegenstände durchberaten: Bei der Aussprache über die Geldnot der Städte wurden lebhaftige Klagen über die mangelnden Zuneigungen von Reichssteuern zum Ausdruck gebracht. Die Städte sind nicht in der Lage, die Gehälter und Löhne zu bezahlen, falls nicht alsbald weitere Mittel vom Reich überwiesen werden. — Einen breiten Rahmen nahmen die Verhandlungen über das Schulfest ein. Die immer mehr anschwellenden Ausgaben für die Schulen sind für die Städte nicht mehr erträglich. Insbesondere ist die Last, die für die Realschulen in den mittleren Städten im Interesse der ganzen Umgebung getragen werden, zu hoch. An die Regierung soll herangetreten werden, die beabsichtigte Neuregelung mit aller Beschleunigung durchzuführen. — Polizeigesetz, Fürsorgegesetz und Volksgesundheitsverordnung u. G. D. wurden eingehend behandelt und die erforderlichen Anträge an die Regierung vorbereitet. — Zum Polizeigesetz wurde namentlich betont, daß die Verantwortung für Ruhe und Sicherheit bei Unruhen von den Gemeinden nicht übernommen werden kann, daß vielmehr der Staat nach Ansicht des Städtebundes verpflichtet ist, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und die Verantwortung hierfür zu übernehmen. — Im Zusammenhang mit dem Verhältnisse so veranschaulicht, daß von einer Fortführung der Bauten seitens der Gemeinden nicht mehr die Rede sein kann, sofern nicht Reich und Staat in größerem Umfang helfend eingreifen. — Bezahl. der Karosellverlegung sind die Städte bereit, mitzugeben.

Kleine badische Chronik

Wiesbaden, 1. Okt. Am 1. Oktober wurde der Schuhmacher Anton Steinbrunn von seinem Freunde, dem Jagdaufseher Otto Josef, so schwer angefaßt, daß er noch in der Nacht starb.

Neuenbürg, 2. Okt. Der Bekleidungsmeister Wilhelm Hermann beim Sägewerk Notendach kam, als er mit Montagearbeiten beschäftigt war, dem Treibriemen zu nahe, wurde von ihm erfaßt und herausgeschleudert. Die Verletzungen waren so schwer, daß er alsbald verstarb.

Trüben, 3. Okt. Entführungen. Der Sattler Georg Schwirch, der im hiesigen Amtsgefängnis wegen eines Unbrauchbarheitsfalls seiner Verurteilung entgegensteht, ist entflohen. Die Verfolgung ist entgangen.

Engberg, 2. Okt. Am Donnerstagabend brach im sog. Bierkeller in Engberg Feuer aus. Der Bierkeller brannte bis auf die Grundmauern nieder.

Singen, 3. Okt. Tödtlich verunglückt. In den Aluminiumwerken ist am Samstagabend der 23jährige ledige Sohn Friedrich des Landwirts Bucheler tödtlich verunglückt. Durch irgend einen unglücklichen Umstand ist er anheimelnd mit der elektrischen Stromleitung in zu nahe Berührung gekommen, als er einen Motor anstellen wollte. Er brach sofort leblos zusammen.

Welsheim, 3. Okt. Ueberraschung wurde vorgelesen, als ein junges Mädchen, als es zu früh in den von Würzburg kommenden Zug einsteigen wollte, Es glitt aus, wurde vom Zug erfaßt und zu Tode gedrückt.

Wetzheim, 1. Okt. Durch Starkstrom getötet wurde am Freitag vormittag im hiesigen Elektrizitätswerk der Montagemeister Ulrich, als er, an einer Schalttafel beschäftigt, mit dem Starkstrom in Verbindung kam.

Verkehrshemmnisse. Wegen Betriebschwierigkeiten ist Annahme von Frachttariffveränderungen nach München Ort und Uebergang verzögert, ausgenommen Lebensmittel, verderbliche Güter, Wiederaufbauarbeiten, Brennholz in geschlossenen Jägen. — Ferner ist verboten Annahme von leeren und geladenen Möbelwagen nach Mannheim im Späth.

Vollschaulspiel Dettigheim. Das Schauspiel auf der Volkshausbühne Dettigheim ist fortgesetzt eine gewaltige Anziehungskraft aus. Auch die weniger günstige Witterung der letzten Wochen vermochte dem Spiel auch keinerlei Eintrag zu tun. Im Gegenteil wird der Besucherstrom immer stärker, je mehr die Spieldauer ihrem Ende zugeht. Um der starken Nachfrage nach Eintrittskarten noch einigermaßen gerecht zu werden, hat sich die Spielleitung entschlossen, auf Sonntag, 15. Oktober, einen weiteren Spieltag einzufügen. Der Reinertrag dieses letzten Spieltages wird für die Rückengeländer in Dettigheim verwendet.

Gerichtszeitung

Mosbach. Der schwere Raubüberfall auf die Mosbacher Mühle am 28. Dez. 1920 fand nun seine Sühne vor dem hiesigen Schwurgericht. Die Bewohner wurden von den Eindringlingen mißhandelt, die darnach das ganze Anwesen durchsuchten und einen Betrag von 11.000 M. raubten. Die Täter Schumann und Meter erhielten je 10 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Ein weiterer Genosse konnte noch nicht dingfest gemacht werden, während der vierte sich zur Beobachtung seines Geisteszustandes in der Anstalt Wiesloch befindet. — Wegen Körperverletzung mit nachgelagtem Tode wurde gegen den Landwirt Johann Wilhelm Wogel aus Mosbach, der aus Eifersucht seinen Kameraden Zimmermann niederschlug, auf 10 Monate Gefängnis erkannt.

Ein Nachspiel zur Rathenau-Demonstration in Kallstadt. Am Montag vormittag fand in Karlsruhe vor dem Strafhammer 3 die Verhandlung gegen den Schloffer Karl Geiges aus Kallstadt wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik statt. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, die deutsche Regierung anlässlich einer öffentlichen Demonstration vor dem Rathenauhaus in Kallstadt zum Schutze der Republik und gegen die Reaktion, wozu der Rathenau-Mord Veranlassung gegeben hatte, beleidigt zu haben. Die Vorkommnisse bei jener Demonstration haben das Ansehen der Rathenau-Arbeitervereine schwer geschädigt; der Kommunistenführer Geiges spielte damals die Hauptrolle. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis und 10.000 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten. Öffentlich trägt dieser Vorgang dazu bei, ganz besonders böse Zungen auch im Lager der Kommunisten für die Zukunft zum Stillschweigen zu zwingen.

Zu der Verurteilung des Kommunisten Karl Geiges zu einem Monat Gefängnis und 10.000 M. Geldstrafe wird uns nach aus Kallstadt geschrieben: Damit hat die von Geiges verurteilte Demonstration vom 28. Juli eine bittere Sühne gefunden. Man muß sich das hart, gerade über Heberzeugung geworden und wer durch zum Märtyrer seiner Heberzeugung, daß sein Streben schon lange darauf hinausging, in einer solchen Weise bei der Rathenau-Arbeitervereine zu „hängen“. Man hat ihm wirklich zu viel Ehre an, als man zum Kadi tief; dem letzten Endes ist die Strafe doch nur eine auf dem Papier stehende. Geiges wird zweifellos für sich Entschuldigend und Bewährungsfrist in Anspruch nehmen und die Geldstrafe, sollte sie eingetriben werden können, wird aus Geiges Tasche nicht fliehen. Mit der Verurteilung des Rathenau-Kommunistenführers ist zwar dem Gesetz formal Genüge geleistet, der Sache der Kommunisten aber unrichtig die denkbar beste Bekämpfung bereitet worden. Zumal zu den bevorstehenden Gemeindevahlen. Einen größeren Dienst hätte der Rathenau-Bürgermeister den Kommunisten nicht erwiesen können, als er seine damalige Drohung in die Tat umsetzte. Umso enger werden die Kommunisten zu ihrem jetzt mit dem Orientieren unerschrockenen Führer stehen und sicher als ersten Kandidaten zur Gemeindevahl auf die Liste setzen und auch durchdrücken, abgesehen von den weiteren zu erwartenden Erfolgen. So wirkt sich das dumme Vered eines Schwärzers ungewollt aus!

Gewerkschaftliches

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphen-Beamten

hat auf seinem außerordentlichen Verhandlungstag im Juli ds. J. den einstimmigen Beschluß gefaßt, aus dem Deutschen Beamtenbund auszutreten. Ein großer Teil der vertretenen Bezirke erstreckte schon damals den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund. Mit Rücksicht auf die noch vorzunehmende Klärung wurde jedoch davon Abstand genommen. Zugewiesen hat schon wieder eine lebhaftige Kravatte für den Deutschen Beamtenbund eingeleitet. Der Generalsekretär des Verbandes, Ranz, sprach sogar entgegen dem Verbandsratsbeschlusse in Versammlungen des Deutschen Beamtenbundes. Die Gegenwirkung machte sich bald inoffiziell bemerkbar, als verschiedene Grup-

Spaare Gas mit Degea!
DEGEA-SPARGLÜHKÖRPER
VERBÜRGEN LAUT WISSENSCHAFTLICHEN FESTSTELLUNG EINE
GASERSPARNIS VON 25%

den innerhalb des Reichsverbandes sich den Ortsausführungen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes anschließen. Nun hat auch der Bezirk Berlin, der größte Bezirk innerhalb des Reichsverbandes, mit seinen 25.000 Mitgliedern diesen Schritt getan. Auf einer Funktionärerversammlung am Sonntag den 1. Oktober, wurde gegen zwei Stimmen der Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes angenommen, sich dem Ortsausfußß Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes anzuschließen. Damit dürfte eine wesentlich schnellere Entwicklung der Organisationsfrage auch innerhalb der Reichsbeamtenhöfe zu erwarten sein.

Aus der Stadt

Karlruhe, 4. Oktober Geschichtskalender

4. Oktober. 1797 *Der Schweizerische Volkschriftsteller Ger. Gottlieb (Wigand) in Marlen. — 1801 *Der französische Jng. Schriftsteller Konstantin Bequeur in Arles. — 1918 Friedensnote Oesterreich-Ungarns an Wilson.

Karlruher Parteimachtigen

Sitzung der Vereinigten Sozialdem. Partei, Morgen Donnerstag, den 5. d. M., abends 7 Uhr, findet im unteren Saale der Handelskammer, Karlstr. 10, eine kombinierte Sitzung der beiderseitigen Bürgerausführungen und der Vorstände der sozialdemokratischen und der bisherigen unabhängigen sozialdemokratischen Partei statt. Die Mitglieder derselben werden freundlichst ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Bezirk Wilmheim. Freitag abend 8 Uhr findet im „Schwanen“ Parteiverammlung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Stadtrat Scherdt über „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“. Die Wichtigkeit der Versammlung erfordert vollständiges Erscheinen aller Genossen und Genossinnen. Auch die Mitglieder der bisherigen U.S.P. sind bestens eingeladen.

Bezirk Daxlanden. Am Samstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Karlruher Hof“ Bezirksversammlung statt. Genosse Stadtrat Scherdt wird einen Vortrag über das Bürgergesetz halten. In dieser Versammlung sind auch die Genossen der bisherigen U.S.P. eingeladen und werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. Genossen sorgt für einen guten Besuch der Versammlung.

Verschönerung des Städt. Gaswerks durch die Karlruher Betriebsräte

Es ist eine bedauerliche Tatsache in unserem heutigen Zeitalter, daß die meisten Volksgenossen nicht wissen, woraus die gebräuchlichsten Artikel, die wir Tag für Tag benötigen, fabriziert werden und welchen Produktionsprozeß sie durchzumachen haben. Und ein solches Produkt ist unbestreitbar das Gas, das bekanntlich nicht nur im Haushalt, sondern in den verschiedensten Berufen unentbehrlich ist. Aber trotzdem sind die meisten Menschen nicht unterrichtet über seine Herstellung, jedoch über seine große Bedeutung und eventuelle Gefährlichkeit kann jeder erzählen. Nicht drastisch stellt dies bekanntlich Georg Kaiser in seinem Schauspiel „Gas“ dar.

Einen interessanten Einblick in die Gasfabrikation, in die Gewinnung der kostbaren Nebenprodukte und schließlich in das stolze kommunale Werk insgesamt bekamen die Betriebsräte am Montag mittags. Eine recht respektable Zahl hatte sich dazu eingefunden. Die Führung selbst übernahmen in liebenswürdiger Weise die Herren Betriebsleiter Wächter und Ingenieur Kolb. Nach einer kurzen Erläuterung von Herrn Wächter über den gesamten Vorgang bei der Gewinnung des Gases und der Nebenprodukte, über die Defensivfunktion usw. wurde zunächst die Kohlenbeförderung in Augenschein genommen. Gleich hier sah man, daß das Gaswerk die Ertragsmöglichkeiten der Technik so gut wie möglich auszunutzen gemacht hat. Die menschliche Kraft spielt nur noch eine sehr kleine Rolle, an ihre Stelle sind die Greifer, Rührer und andere mechanisch betriebene Hilfsmittel getreten. Kraft betriebs das Gaswerk in einer Stunde 40—50 Tonnen Kohlen zu entladen in der Lage ist. Mit großer Interesse wurden jedoch die mächtigen schrägen tiefen Kammerdrehen besichtigt. Sie sind das technisch vollkommenste und rationellste in der Gasherzeugung. Das Gaswerk besitzt 48 dieser Gigantenn, in denen eine 24stündige Erzeugung von 1000—1100 Grad notwendig ist, bis alle Bestandteile, die das Gaswerk der Kohle entnehmen will, in ihrem Reife sind.

Für rationelle Verwertung der Hitze, sowie für Gewinnung aller wertvollen Bestandteile und ihre Verarbeitung zu Teer, Benzol, Sulfit, Schlackensteinen usw. sind besondere Einrichtungen getroffen. Geradezu grandios wirkt die Ofen-Entleerung auf den Zuschauer, wenn sich die glühende enge Kohlenmasse in den mächtigen, fahrbaren Wägen füllt, um zu Kohle abgeführt zu werden. Die Verschönerung erstreckte sich sodann auf die Wasserversorgungs- und Reinigungsanlagen, auf die Säulen zur Benzol-, Teer- und Sulfitgewinnung, Gasbehälter, sowie der Schlackenwälder und Schlackenfabrikation.

Die ganzen Gaswerksanlagen sind ein mächtiges kommunales Unternehmen, auf das jeder Bürger stolz sein kann und sich dafür einsetzen muß, daß es der Stadt erhalten bleibt. Die Bezeichnung Gaswerk ist eigentlich nicht mehr passend, da nicht allein Gas produziert wird, sondern die Erzeugung von Nebenprodukten eine ungeheure Bedeutung erlangt hat. Einige Zahlen darüber dürften von Interesse sein. Fabriziert werden zurzeit 44.000 Kubikmeter Gas pro Tag oder ca. 15 Millionen Kubikmeter pro Jahr, was dem Bedarf entspricht. Es können jedoch ca. 100.000 Kubikmeter pro Tag produziert werden. Verbraucht werden pro Jahr 48.000 Tonnen Kohlen, an Kohle bleiben 38.000 Tonnen übrig, die zu ca. 50 Prozent an die Bevölkerung abgesetzt werden. An wertvollen Nebenprodukten werden jährlich gewonnen: 1600 Tonnen Teer, 850 Tonnen Sulfit (Dünghemittel), 150 Tonnen Benzol, sowie 1 Million Schlackensteine.

Mit Schwierigkeiten hat das Gaswerk natürlich auch zu kämpfen, und zwar ist es vor allem die Kohle, die ihm das Arbeiten erschwert. Unsere beste Kohle, die Ruhrkohle, kommt überaus spärlich an, sodaß die teure für die Gasfabrikation aber nicht bestens geeignete Saatzkohle oder gar die schlechte englische Kohle bezogen werden muß, was mit ungeheuren Kosten verknüpft ist und im hohen Gaspreis seine Auswirkung findet. Derselbe wäre aber ein noch höherer, wenn nicht die Fabrikation der Nebenprodukte, die die Qualität des Gases nicht beeinträchtigt, eine gute Einnahmequelle würde. Sogar zu Holz mußte das Gaswerk in Ermangelung von Kohlen greifen, um ihm die Gasstoffe zu entladen. Man sieht, daß das Gaswerk, das eine Belegschaft von 234 Mann zählt, bemüht ist, den Gasbedarf selbst unter den schwierigsten Verhältnissen noch vollständig sicherzustellen.

Die Erlektion betriebliehe alle Teilnehmer, es waren 2/3 Stunden, die des Vortrags und Interessanten recht viel boten. Den beiden Führern der Herren Wächter und Kolb auch an dieser Stelle besten Dank für ihre Freundlichkeit.

Versammlung des Gewerkschafts-Kartells

Am Montag abend fand im Hotel Kreuz-Saal, Stefaniengasse, eine Sitzung des Gewerkschaftskartells statt, die folgende Tagesordnung zu erledigen hatte: 1. Berichterstattung von der Kartierung in Berlin, 2. Stellungnahme zum Verhalten des Betriebsbedürfnisvereins in der Gutfahrtstraße.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Kolb auf das am 8. Oktober in der Christuskirche stattfindende Orgelkonzert

aufmerksam. Der Eintrittspreis beträgt 10 M. Karten sind im Arbeiterzeitungsamt zu haben. Am Sonntag, 15. Oktober, vorm. 11 Uhr, Mittwoch, 18. Oktober, und Donnerstag, 19. Oktober, abends 8 Uhr findet im Konzerthaus die Vorführung des großen medizinischen Films statt: Die Gefäßkrankheiten und ihre Folgen. Der Film wird durch ärztlichen Vortrag erläutert. Die Eintrittspreise bewegen sich zwischen 20 und 50 M. Kolb fordert die Kollegen auf, für diesen Film sowie für die Durchführung der Badischen Wäpfele überhaupt unter der Arbeiterchaft zu werden. Weiter machte Hof darauf aufmerksam, daß vom 18. Oktober ab im großen Rathausaal 5 Vorträge vom Verband für Deutsche Familie und Volkstrost veranstaltet werden. — Zum 1. Tagesordnungspunkt referierte Stoll. Kolb. Er betonte, daß die Spitzenorganisationen alles daran gesetzt haben, um die weitere Verelendung des Proletariats aufzuhalten und der wirtschaftlichen Not Herr zu werden. In dieser Lauffase können weder die Angriffe noch recht noch von links etwas ändern. Bedauerlicherweise sind besonders gegen die Kommunisten, denen es mit ihren Angriffen auf den A.D.G.B. nicht um die Interessen der Arbeiterchaft zu tun sei, sondern für Verhalten sei lediglich vom Gesichtspunkt der Agitationspolitik bestimmt, sonst dürften sie sich nie und nimmer gegen den politischen Vortreibenden wenden. Denn sie hoffen, je größer die Not und die Unzufriedenheit des Proletariats ist, desto besser ihr Parteisüppchen locken zu können. Durch den politischen Vortreibenden würde nämlich seitens der Reichsregierung der Betrag von 16,5 Milliarden Mark zur Verbilligung des Brotes aufgemendet und so die größte Not wenigstens ein wenig behoben.

Die Konferenz in Berlin hat verschiedene Resolutionen angenommen, so unter anderem auch eine zum Ueberhöchst- abkommen der Bergarbeiter. Die Resolution spricht den Dank an die Bergarbeiter aus für ihr zweifellohes Opfer, das sie durch die Ueberhöchsten der Volksgemeinschaft darbringen und sie fordert, daß die durch die Ueberhöchsten gemachten Kosten vor allem dem Verband sozialer Arbeitervereine zugeführt werden um der großen Wohnungsnot zu steuern. Die Konferenz beschloß sich nicht der Tatsache, daß wir in Deutschland schweren Tagen entgegengehen und daß die Arbeiterklasse alle Ursache hat, wie ein Mann zusammenzufassen, um die kommenden Kämpfe siegreich bestehen zu können. In der Diskussion sprachen die Kolb, Hof und Mager, die den Standpunkt der Kommunisten einnahmen und sich hauptsächlich beschwerten, daß vom A.D.G.B. der von der R.P. geplante Betriebsrätegesetzgebung abgelehnt würde. Demgegenüber betonten die Kollegen Schulerburg und Kolb, daß wir im gegenwärtigen Moment die Eingetret der Arbeiterchaft notwendiger denn je brauchen und daß die Kommunisten einem Phantom nachhaken, das selbst von Lenin schon aufgegeben worden sei.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, daß Kolb, Brull in der nächsten Kartellsitzung in einem Vortrag über das Gewerkschaftswesen alle die in der Debatte aufgeworfenen Punkte behandeln soll.

Befugnis der Siedelungen in der Umgebung von Karlsruhe

Die Teilnehmer des badischen Heimatschutzkongresses besuchten am Mittwoch nachmittag in mehreren Gruppen die Wäpfele- und Gaswerkverarbeitungsanlagen in Hardtbad, die Siedelung der Eigenhandbauernsiedlung nördlich der Telegraphenstation und die Gartenstadt Karlsruhe-Wäpfele. Im Hardtbad haben sich Wohnungsuchende und Bauhandwerker zum Bau von Wohnungen vereinigt. Die Siedlungsform des Einfamilienhauses mit Kleingarten und Garten hat sich gegenüber einem Versuch mit Stadterneuerungen, die u. a. zwei Wohnungen übereinander in einem Haus, als die jeweils bessere für gewöhnlichen lichen Betrieb bewährt. Die Siedelung der Eigenhandbauernsiedlung besteht durchweg aus Einfamilienhäusern, meist in Doppelhausform mit sehr reichlichem Gartenanlage. Jedes Mitglied ist außer zu einem gewissen Geldbetrag dazu verpflichtet, eine bestimmte Zahl Arbeitsstunden auf dem Bau- plätze zu leisten, sei es in seinem Fach als Bauhandwerker oder als ungelerner Arbeiter beim Anfertigen der Zementrohsteine und dergleichen.

Die Gartenstadt Wäpfele hat 1911 mit dem Bau der ersten Häuser begonnen und verfügt am Ende dieses Jahres über 881 Wohnungen mit etwa 1800 Bewohnern. Jedem Haus ist ein Grundstück von 150—1000 Quadratmeter beigegeben. Es sind sieben verschiedene Hausstypen gebaut worden. Die Mitgliederzahl der Gartenstadt hat sich von 234 im Jahre 1907 auf 1033 im Jahre 1922 erhöht. Die Bewohner setzen sich wie folgt zusammen: Bauarbeiter und Beamte 45 Proz., Hofbeamte 9 Proz., Schriftföhrer und Drucker, Industriearbeiter 10 Proz., Kleinrentner und Körperkassenbeamte 8 Proz., Beamte des badischen Staates 6 Proz., fädhliche Beamte, selbständige Handwerker und Gewerbetreibende, Professoren, Ärzte und Lehrer je 4 Proz.

Gründung einer Profubun- und Holzbohle in Karlsruhe. Die Handelskammer Karlsruhe hat die Gründung einer Profubun- und Holzbohle beschlossen, eine für Karlsruhe und Süddeutschland handels- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Einrichtung. Ferner sind Verhandlungen im Gange zur Errichtung einer Holzbohle in Karlsruhe.

Bl. Karlruher Puppenstube. Die beiden Gesangsvereine „Vox-artis“ und „Kaffili“ haben ihre Mitglieder zu dem von Herrn Dr. Müller, Archäologe und Schriftsteller, im Auftrage des Alt-Karls. Männer-Vereins am Samstag abend in der Techn. Hochschule sprach. Der Redner bestand es, die sehr zahlreiche Zuhörerschaft im Geiste hinüberzuführen nach dem sonnigen Italien, wo im Jahre 79 n. Chr. die schöne blühende Stadt Pompeji nebst einigen kleineren Orten durch den Berg Vesuv zerstört wurde, nachdem sie sich von einem großen Erdbeben im Jahre 62 n. Chr. kaum erholte hatte. Lange Zeit ruhten die Trümmer der ehemaligen Stadt unter Schutt und Asche und erst seit dem 18. Jahrhundert wurden die Ausgrabungen ernstlich betrieben, sodaß die Ruinen nun fast vollständig freigelegt sind. Die vielen Bildstöber veranschaulichten nicht nur die heutigen Ruinen, sondern sie ließen auch Schiffe geben über das Leben und Treiben der kunstfertigen, lebensfrohen ehemaligen Bewohner der Städte des Unglücks. Den besten Beweis der Zuhörer dürfen sich Vortragsgeber wie Veramalter zu gleichen Teilen buchen.

Konzert der Typographia. Am kommenden Sonntag, den 8. Oktober, bezieht der Gesangsverein Typographia sein 18. Stiftungsfest durch Konzert und Festball im großen Saale der Festhalle. Das sorgfältig aufgestellte Programm weist außer den ausserwählten Chorliedern des Vereins Darbietungen des Geliebten unseres Landesheaters, Herrn Jilken, und der Karlruher Künstler Brüder Post (Harle und Violin) auf. Landestheater. Infolge Erkrankung von Kapellmeister Schweppe hat Herr Kapellmeister Borch in letzter Stunde die Leitung der Musik zu Burtes „Simson“ übernommen.

p. Schiedsschwinder. Ein Bankbeamter aus Ehrenfriedersdorf legte sich auf einer Reise zum unter fädhigen Kamer ein Konto an, auf das er Beträge bis zu 1.800.000 — fädhlich überweisen hat. Als er gestern 1.700.000 M. abheben wollte, wurde er durch einen Beamten der Kriminalpolizei festgenommen.

p. Schmuckgegenstände im Werte von 500.000 M. fädh gestern nachmittag ein Schmuckwäpfele aus Ermsburg aus einer Wohnung in der Wäpfelestraße, deren Bewohner abwesend waren. Es gelang, den Täter zu ermitteln und festzunehmen und die gestohlenen Sachen wieder beizubringen.

p. Festgenommen wurden: Ein Betriebsleiter und ein Angestellter wegen unerlaubten Handels mit Butter und Fett, ein Kaufmann von hier, der in einem Geschäft Zigaretten im Werte von 40.000 M. entwendete, die er für sich verbrauchte, wegen Mißbehaltung der Aufnahmestage 15 Personen, wegen unerlaubter Einreise und Ueberretung der Ausländermeldepflicht 10 Personen und 3 Personen wegen Festnahme.

Valuta-Bericht vom 3. Oktober

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. — 20 G. Auszahlung Goldmark notierte etwa 720 M. per fädh. Gulden. Auszahlung Schweiz notierte etwa 885 M. per fädh. Fr. Auszahlung England notierte etwa 8290 M. per fädh. Sterling. Auszahlung Frankreich notierte etwa 143 M. per fädh. Fr. Auszahlung Neuhorl notierte etwa 1889 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 4. Oktober

Vorausichtige Witterung: Ziemlich bewölkt, meist trocken, nur vereinzelt geringe Regenfälle, mäßig kühl.

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten mit orthopädischem Schuhwerk

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben:

Es ist dringend notwendig über vorliegende Sache die Öffentlichkeit einmal eingehend zu unterrichten. Ein Kriegsbeschädigter, der eine Verwundung am Fuß usw. erlitten und demzufolge gewungen ist, orthopädisches Schuhwerk zu tragen, bekommt dies seitler nicht kostenlos geliefert, sondern er mußte von jeher einen Anteil der Kosten bezahlen. Schon dieses Bezahlen der Regierung gegenüber der Kriegsbeschädigten, die im Dienste des Vaterlandes ihre Gesundheit eingebüßt und heute fädh gewungen sind, orthopädische Schuhe zu tragen, kann nicht gebilligt werden, da ja der Beitr. Kriegsbeschädigte am allerwenigsten etwas dafür kann, heute dieses Schuhwerk tragen zu müssen. Der Kostenanteil, der von einem Kriegsbeschädigten für ein Paar orthopädische Schuhe erlattet werden mußte, betrug bis vor kurzer Zeit 25 M. Nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums in letzter Zeit hat sich jedoch dieser Kostenanteil um ein beträchtliches erhöht, u. a. ist wiederum vorgesehen, 1/3 der Herstellungskosten aus dem Kriegsbeschädigten abzufordern. Ein Paar orthopädische Schuhe kosteten im Monat September 1922 5490 M., jedoch von dem Beitr. Kriegsbeschädigten 1/3 = 1810 M. getragen werden mußten.

Das Reichsarbeitsministerium ist wohl bei der Erörterung der Kostenanteilsfrage von dem Gedanken ausgegangen, daß es den scheinbar hohen Preis als Kostenanteil den herrschenden Teuerungserwartungen wegen von dem Kriegsbeschädigten fordert. Dieser Standpunkt muß wohl heute, nachdem die Verhältnisse einen solchen Umfassung genommen haben, als gerade anerkannt werden. Aber Recht muß Recht bleiben. Und hier liegt gerade der Streiksbegriff, weil von Seiten der Regierung für die Kriegsbeschädigten nie für die gesamte Kriegsoberchaft die herkömmliche Teuerung nicht maßgebend ist. Es ist aber doch recht bezeichnend für die Auffassung maßgebender Stellen der Kriegserfahrer, daß die Kostenanteile orthopädischer Schuhe so schon mit der Kostenverwertung gehen, während die gewöhnlichen Rentenfädh noch genau die gleichen sind wie vor einigen Jahren, trotz der großen eingetretenen Teuerung. Es soll nur ein Beispiel angeführt werden.

Ein Kriegsbeschädigter bezog für teilweise Verlesung des linken Kniegelenks und Verletzung des linken Unterschenkels um 4,5 Zentimeter bis 30. 6. 1921 in der fädhigen Kreisfädh, alle 2, ein Monats von 205,20 M., das entspricht einer Erwerbsunfähigkeit von 50 Proz. Demnach mußte für ein Paar orthopädische Schuhe ein Kostenanteil in Höhe von 25 M. bezahlt werden. Am 1. Juli 1921 wurde der Mann nach dem H.R.G. unermächtigt und wurde der Rentenantrag auf 30 Proz. herabgesetzt mit der fädhigen Begründung, es sei in dem linken Bein eine Genesung eingetreten! Der Mann bekommt heute fädh und schreibt für seine Verwundung eine monatliche Rente von 109,35 M. Trotzdem wie bereits erwähnt seit Jahren keine Teuerungslage zu diesem Betrag gewährt wird, ist die Regierung dazu übergegangen und verlangt von dem Kriegsbeschädigten, der Träger orthopädischer Schuhe ist, fädh 25 M. einen Kostenanteil für Schuhe von 1810 M. zu zahlen. Nachher man einmal etwas nach: Also 109,35 M. Rente bekommt der Kriegsbeschädigte monatlich, das macht jährlich 1312,20 M. Von diesen 1312,20 M. muß er, wenn er fädhlich 1 Paar orthopädische Schuhe braucht — und viele braucht er eine weiteres, weil erfahrungsgemäß sich orthopädische Schuhe bedeutend schneller abnutzen, wie Normalschuhe — 1810 M. für den Kostenanteil hinlegen. Der Normalfuß erfordert durchschnittlich alle 3 Monate eine Neubeschaffung, der orthopädische Schuh alle 4—6 Wochen. Fädhlich muß also ein Kriegsbeschädigter mindestens 6 Neubeschaffungen mehr vornehmen. Dazu kommt noch, daß die Sohlen größer sind, als bei Normalfüßen und entstehen also hier, das Paar Sohlen für orthopädische Schuhe mit 750 M. berechnet, fädhlich 6 x 750 = 4500 M. Die vorgenannten 1810 M. dazu gerechnet, die für die Neubeschaffung der Schuhe notwendig sind, ergibt eine fädhliche Ausgabe von 6310 M. Weil der Kriegsbeschädigte nur 1312,20 M. jährliche Rente erhält, muß er von seinem Verdienst noch 4997,20 Mark hinlegen. Ja noch nicht genug, der Kriegsbeschädigte hat weiterhin keinen finanziellen Ausgleich des wirtschaftlichen Schadens, der ihm durch die Verwundung entfiel. Es braucht niemand Wunder zu nehmen, wenn durch eine solche Verlesung, wie wir sie heute haben, die Kriegsopfer dem Hungerbrot preisgegeben sind. Aufgabe des gesamten Volkes und insbesondere der Volksvertreter ist es daher einzutreten, daß vorgenannte Verfügung des Reichsarbeitsministeriums entweder zurückgenommen, oder daß die Rentenfädh so erhöht werden, daß es möglich ist, die benötigten Kosten zu bezahlen.

Briefkasten der Redaktion

Beilagenfrage. Ihre Anfrage haben wir dem Widam zur Untersuchung übergeben.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Maria Schilling, alt 45 Jahre, Ehefrau des Küfers A. Schilling, Volkstr. 11, nach 14tägiger Krankheit, am 27. Oktober, nach 11 Uhr, alt 64 Jahre, Ehefrau des Oberbäckers Augustus Wäpfele, Jakob Wäpfele, Kammerstraße, Chemann, alt 59 Jahre, Christoph Wäpfele, Wagenrevident a. D., Chemann, alt 89 Jahre.

Beerdigungszettel und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, 4. Oktober, 1/2 Uhr: Karl Wäpfele, Kammerstraße, Wäpfele, alt 41, in Wäpfele beerdigt, 8 Uhr: Christoph Wäpfele, Wagenrevident a. D., Rärkerstr. 65, in Wäpfele beerdigt.

Kleine Nachrichten

Berlin. In der Apparatefabrik H. G. in der Kiderstraße zu Berlin ist ein wilder Streik ausgebrochen, weil die Direktion eine überstürzte Zulage für Korarbeiter abgelehnt hatte.

Abstein i. T. Die „F. F. H.“ meldet, daß die Untersuchung gegen den französischen Konsulatsbedienten, der am 11. Juli die 19jährige Frieda Gude ermordet hat, soweit abgeschlossen ist.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berl. Lok.-Anz.“ haben die Montagblätter des „Hamburger Fremdenblattes“ und der „Hamburger Nachrichten“ ihr Erscheinen eingestellt.

Der „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge hat der kommandierende General der belgischen Besatzungsarmee die „Dormunder Stg.“ für Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort dauernd verboten.

Walle. In Kaumburg ist der Schlosser Schinkel aus Witterfeld, der als Inoffizier des Husarenregiments in Belgien im Sommer d. J. in belgischer Weise ermordet, hingerichtet worden.

Krifa. Auf dem Militärflugplatz J. J. J. fügte ein mit zwei Piloten besetztes Flugzeug aus der Höhe von 100 Metern ab, das der Motor aussetzte. Die beiden Offiziere waren auf der Stelle tot.

Wien. Der Zentralverband des Hausbesitzervereins und des alpenländischen Haus- und Grundbesitzerbundes beschloß wegen Nichterfüllung der zum 1. Oktober befristeten Forderung nach einem 12-prozentigen Zuschlag zu den Friedensmieten auf Grund der Geldverknüpfung, d. h. der 190fachen Friedensmiete in Papierform am 8. Oktober nachmittags in den Streik zu treten.

Paris. Nach einer Veröffentlichung des „Journal“ haben die belgischen Behörden im besetzten Gebiet, den Beauftragten Ruysschaert und 7 Beamte der grünen Polizei sowie 3 Frauen verhaftet, die zugehört hätten, irrtümlicherweise den belgischen Leutnant Graf getötet zu haben, da sie für den Beauftragten der belgischen Sicherheitspolizei namens Schmidt gehalten hätten, der kurze Zeit vorher einen deutschen Polizeibeamten getötet hatte.

Rathenaus Ermordung vor dem Staatsgerichtshof

Die Zusammenfassung des Gerichts

Im großen Sitzungssaal des Leipziger Reichsgerichts, der im letzten Jahr der Schauplatz der Kriegsschuldigenprozesse wie auch des Jagow-Prozesses gewesen ist, begann am Dienstag vor dem Staatsgerichtshof der Prozeß wegen der Ermordung Rathenaus. Die Namen der Angeklagten sind:

1. Student Ernst Werner Tschow aus Berlin, der angeklagt ist, gemeinschaftlich mit dem Ingenieur Hermann Fischer und dem Studenten Erwin Kern, die auf der Burg Soled den Tod gefunden haben, Dr. Rathenau vorläufig und mit Ueberlegung getötet zu haben.

2. Tschows Bruder, der Schüler Hans Werd Tschow aus Berlin, 17 Jahre alt, der der Beihilfe zum Mord und der Begünstigung beschuldigt wird. 3. Stud. jur. Willi Günther aus Berlin, 4. Kaufmann Christian Mennemann aus Schwerin, die beide der Beihilfe und Begünstigung beschuldigt werden. 5. Student Gust. Steinbeck aus Dresden, 6. Privatdetektiv Waldemar Niebrig aus Hamburg, 7. Kaufmann Friedrich Wernede aus Hamburg, 8. Postbeamter Ernst v. Salomon aus Frankfurt am Main, die der Beihilfe angeklagt werden. 9. Kaufmann Rich. Schütz aus Berlin, 10. Kaufmann Franz Diefel aus Berlin, die der Begünstigung beschuldigt werden. 11. Student Carl Tilleßen aus Frankfurt a. M., 12. Schriftleiter Horimut Pfand aus Frankfurt a. M., 13. Kaufmann Werner Roh aus Berlin, denen ein Vergehen nach § 189 des Strafgesetzbuches (Nichtangehöriger Verdrehen) zur Last gelegt wird. 14. Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt und 15. Schriftleiter Dr. jur. Hans Wilhelm Stein aus Burg Soled, die verdächtigt sind, den Mordern Rathenaus auf ihrer Flucht Beistand geleistet zu haben.

Das Ergebnis der Untersuchung ist in großen Zügen bekannt. Nach den angefertigten Ermittlungen sieht es die Anklagebehörde als erwiesen an, daß der Mord an Rathenau aus fanatischem Antisemitismus und in dem Wahn begangen worden ist, daß durch die Tat eine Erhebung der Arbeiterkraft und nach deren Niederwerfung die Einleitung einer rechtsradikalen Regierung in Deutschland herbeigeführt werden könne. In dieser Annahme stützten sich die Angeklagten im Besonderen auf eine Aufzählung von Namen, die er im Verlauf einer Erörterung des Wochenplans gegenüber Fischer und allem Anschein nach auch zu Tilleßen getan hätte.

Der Staatsgerichtshof wird sich im Rathenau-Prozeß aus folgenden Richtern zusammensetzen: Senatspräsident Dr. Sauer als Vorsitzender, Reichsgerichtsrat Döhr, Reichsgerichtsrat Jeller, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten als Ergänzungsrichter; ferner aus den Laienrichtern Professor Dr. Wilhelm von Galle, dem früheren Reichsanwalt Konstantin Heidenbach, dem Vorsitzenden der Reichs-Dauerschlichtungsausschüsse Gustav Hartmann, dem vormaligen Reichsanwalt Karl Hildebrandt, sozialdemokratischen Parteifunktionär Hermann Müller (Köln), dem Vorsitzenden des deutschen Legationsratenausschusses Hermann Jaedel und dem Vorsitzenden des deutschen Metallarbeiterverbandes Edwin Brandes, letzterer ebenfalls als Ergänzungsrichter. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Ebermayer selbst.

Letzte Nachrichten

Dom italienischen Parteikongress

Gefahr der Trennung

ROM, 3. Okt. Auf dem Sozialisten-Kongress in Rom haben die Führer der Maximalisten, Lazzari und Bufoni, die Ausschließung der rechtsstehenden Sozialisten vorgeschlagen. Der Abgeordnete Bilocchi, ein Vertreter der unitarischen Mitte, erklärte, die Unzulässigkeit der Maximalisten zöge auch die Anhänger der Mitte, die spät am Werke der Einigkeit gearbeitet hätten, gemeinsam mit dem rechten Flügel die Partei zu verlassen. Der unitarische Abgeordnete Varatono wies darauf hin, welchen Schaden aus der Spaltung der Partei entstanden und erklärte, die Aufgabe der sozialistischen Partei müsse es sein, dem Proletariat dabei zu helfen, günstigere Lebensbedingungen zu erhalten. Der Führer des rechten Flügels, T. C. S., sagte, was die Anhänger der Mitarbeit mit den anderen Parteien wollten, sei keine ewige Mitarbeit, die imstande wäre, dem Proletariat sein Klassenbewußtsein zu rauben. Es handle sich nur um eine Mitarbeit als Mittel zur Vorbereitung des Klassenkampfes. Er zeigt sodann, daß die Politik der kommunistischen Partei, zu der sich die Nationalisten bekennen, den sozialistischen Traditionen vollständig zuwiderlaufen.

Die Steuerfreiheit der Besatzungstruppen

Berlin, 3. Okt. (Priv.-Tel.) Die Besatzungstruppen haben, wie von den Blättern mitgeteilt wird, im Rechnungsjahr 1921 an deutschen Steuern für 118 777 648 M konsumiert und dazu entsprechend Selt. Die Zahlung ist erfolgt auf Grund der Voms, die die Truppen bei den Käufen auf Grund ihrer Steuerfreiheit in Zahlung geben mußten. Nicht mitgezählt wurden natürlich die ebenfalls jollfrei eingeführten und von ihnen konsumierten Auslandsweine. Der Reichsfiskus erleidet dadurch einen Verlust von 20 Millionen Mark. Der Verlust an Biersteuer beträgt 90 000 M, der Verlust an Tabaksteuer 2 Millionen.

Schriftleitung Georg Schöpfkin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Oerm. Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Priestertum, Feiertage, für die Angelegenheit Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bereinsanzeiger

Wassersportverein - Kranenabteilung. Jeden Mittwoch von 7.30-9 Uhr im Friedrichsbad Schwimmstunden. 5126
Stuchsal. (Die Naturfreunde.) Donnerstag abend 8 Uhr in der „Fals“. 1823

Parteienossen und Leser des „Volksfreund“
berücksichtigt bei euren Einkäufen die
Geschäftliche Rundschau!
Kauft nur bei den Geschäftsleuten,
die unsere Presse mit Anzeigen unterstützen!

Karlsruhe
Herm. Schmoller & Co.
Kaufhaus sämtl. Bedarfsartikel
F. WOLFF & SOHN'S
KALODERMA
überall zu haben

Moninger Bier
Verlangen Sie nur
Kommen
Backpulver
Die Qualitäts-Marke

Hoepfner
Friedens-Bier
Union-Brauerei A.-G.
Karlsruhe
empfiehlt ihre
hellen und dunklen Biere garantiert rein,
nur aus Malz und Hopfen hergestellt.

Muffenkreuz-Bier
Elektra Lack Werke
System i. r. Kronstein
Lacke für
Industrie und Handel.
G. m. b. H.
Wörner, Kleiner & Co., Sanitätshaus
Spezialwerkstätte für künstliche Glieder
Waldstraße 49 - Telephon 8684.

Stadt-Apotheke
Karlsruhe 19, neben der Hauptpost.
G. Heiser, Homöopathie
Behandlung aller innerlichen Krankheiten,
Frauenleiden. - Luisenstraße 52.
Gebrüder Schnurmann Nachf.
Leider-Großhandlung, Gartenstr. 9-11.

Karlsruhe
Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan
N. Breitbarth Kaiserstraße
Ecke Herrenstr.
Spezialhaus für elegante
Herren- u. Knaben-Bekleidung
Fertig und nach Maß.
Münchener Lodenartikel - Sportbekleidung.

Raulino-Tabake Fabrik-Niederlage
für Mittelbaden
Hermann Meyle Karlsruhe

Allianz Versicherungs-Vatten-Gesellschaft
Zweigunternehmung Karlsruhe vormals
Badische Feuerversicherungs-Bank
Karlsruhe
Niederlegung von Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Unfall-, Haftpflicht-,
Lebens-, Aufrubr-, Maschinen-, Auto-Kasbo-, Transport-,
Valoren-, Reisegepäck- und Schwimmsachen-Versicherungen.

Mees & Löwe
Karlsruhe, Kaiserstraße 46
Spezial-Baum für Herren-, Knaben- und Sport-Bekleidung
Lager in Stoffen
Anfertigung auch nach Mass.

Segger & Jacobs
Papier-Großhandlung
Packpapiere aller Art
Karlsruhe i. B. Nebenstr. 50

H. Bieler
Karlsruher
Puppen-Klinik
Kaiserstraße 228 zwischen Douglas- u. Hirschstr.

H. Walder, Bangesellschaft m. b. H.
Erbsprinzenstr. 9 - Teleph. 43 u. 943.
Langenauer & Tappen
Photogr. Atelier
Karlsruhe, Werderstraße 31, Telephon 2145.
Silberberg's
Gummwarenhaus
44 Kaiserstraße 44
Herren- u. Damen-Frisur-
Geschäft K. Lersch, An Stad-
parken 1, u. Hauptstr.
Damen-Frisieren
feine Haararbeiten etc.
G. Westhauer
28a Waldhornstr. 28 a.
Reformhaus Neubert
Kaiserstraße 118
bleibt preisw. Quali-
tätsware in jed. Abteil.

Sparolen Küchenfen
Kohlen- u. Koksaparator, bil-
ligster Ersatz f. Gas- u. Koh-
lenofen, leicht, auf jedem
Kochherd benutzbar. H. W.
K. Lersch u. Co. gepresst,
Stahlblechschalen, billig,
preiswert, leicht, wider-
standsfähig, Passkränzen,
Automaten, Gaskocher,
Emailschalen für alle
Zwecke, Metall- u. Granit
Pros. P 15 gratis.
Theodor Bergmann, Gaggenau (Baden).
Vertreter für Karlsruhe: Otto Stoll.

Neu eröffnet! Streng reell und solid

kaufen Sie bei mir als langjähr. Fachmann der Branche, ganze Schlafzimmer-, Esszimmer-, Küchen-Einrichtungen, Mahagonie-Möbel und antike Kunstgegenstände, gebraucht, aus ersten Häusern.

Kein Laden, eigenes Personal, keine Wucherpreise!

Kaufen aus guten Häusern Qualitätsmöbel, ganze Wohnungseinrichtungen, Betten, Kleider für meine Kundschaft, zahlen gute Preise. Übernahme auch Aufträge. Verkauf an Ausländer nur gegen bes. Aufschlag, der unter amtl. Kontrolle z. G. der Karlsruher Kinderfürsorge verwendet wird.

Geöffnet von 7-7 Uhr. In Referenzen aus allen Kreisen.

Karlsru. Möbel- und Ausstattungs-Magazin
E. Birkenmeier, Brauerstraße 5, bei Patronen-Fabrik.



Singerverband Vorwärts
Karlsruhe

Am Samstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal „Gehäus“ eine 6194 außerordentliche Generalversammlung statt. — Wegen anstehender wichtiger Beratungen ist die zahlreiche Anwesenheit der Mitglieder sehr wichtig.

Residenz-Sichtspiele

Waldstr. 30 — Telefon 5111

Täglich
Beginn der Vorstellungen 8, 5, 7, 9 Uhr:

„Das Weib des Pharao“
Drama in 6 Akten. 5191

In den Hauptrollen:
Emil Jannings, Paul Wegener, Albert Bassermann, Harry Liedtke, Lydia Salmonova, Dagny Servaes.

Knob.-Nebenzweiger Druck-Verarbeiten
borz. Stoff, für größeren Knaben zu best. Garten- und Hausarbeiten.
Bachdruckerei Gies & Cie. Luisenstraße 24.

Anfragen an das Mietvermittlungsbüro, die nicht ein unabhängiges Verfahren zum Gegenstand haben, werden in Zukunft nur beantwortet, wenn für Miet-, Porto- und Arbeitsaufwand ein Betrag von mindestens 20 Mark beigefügt ist.

Karlsruhe, den 2. Oktober 1922.
Der Oberbürgermeister.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, den 4. Oktober, 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr
Mk. 180.— Abonnement F 3
T.-Gem. B.V.B. Nr. 1404-1700.
Figaros Hochzeit.

Genossen, versichert Euch bei der gewerklichen, schaftlich-genossenschaftlichen
Volksfürsorge!
Büro: KARLSRUHE, Wilhelmstraße 47.

Konsumverein Durlach und Umgegend
eingetrag. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Pferd-Versteigerung.
Infolge Anschließung eines Kraftwagens bringen wir am Samstag, den 7. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, in unserem Lager Durlach, Weiberstraße 18, ein
Arbeitspferd
am den Preisbietenden zum Verkauf. Liebhaber sind freundlichst eingeladen. 1821

Goldener Ochsen

Kaiserstraße 91.

Jeden Donnerstag
Schlachttag
Mittagessen
in und ausser Abonnement

Prima spanische Weine
ff. Schrempf Bier.

Anzüge, Hosens

gestreift und feldgrau, blau und Drillich, Sommer-Joppen, sonst. Kleidungs-Stücke kaufen Sie billig bei

Schneider

auf Uniformhosen sofort gefasst.

Gänselebern

kauf fortwährend zu den allerbilligsten Preisen.

Karl Pfeiffer

Gröblichstr. 23. 4099

Möbel

Verkauf von Neu- u. Möbel

besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.

Karl Rauch

Reherstraße 7

Offene Füße

Krampfadergeschwüre, alte schmerzhaft Wunden selbst in hartnäckigen Fällen nur Apotheker

Maloped-Salbe

Erfolge überraschend. Preis Mk. 60.— franco. Stadtapotheke, Pfaffenholzen a. Jhm M 30 (Obb.). 1798

Gold-, Silber-, Gebirge, Double- Gegenstände

alte und brochierte Uhren kaufen zu hohen Preisen

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerbilligsten Tagespreisen angekauft.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerbilligsten Tagespreisen angekauft.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerbilligsten Tagespreisen angekauft.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerbilligsten Tagespreisen angekauft.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerbilligsten Tagespreisen angekauft.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerbilligsten Tagespreisen angekauft.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerbilligsten Tagespreisen angekauft.

Baden-Baden.

Einladung

zu der am Mittwoch, 11. Okt., abends 8 Uhr, in Simmers Saalbau in Baden stattfindenden

ordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Ueberschusses.
3. Änderung der Statuten § 44, Absatz 1, 2, 3, § 46, Absatz 2, § 49.
4. Entschließen in den Ausschüssen.

Anträge zu der Generalversammlung müssen drei Tage vorher schriftlich beim Vorstande eingereicht werden.

(Zutritt zur Generalversammlung haben nur Mitglieder und deren Frauen.) 1818

Der Aufsichtsrat:
Dr. Grobbed, Vorsitzender.

Konsum-Verein für Durlach und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz vom 30. Juni 1922.

Mitgl.	Passiva.
zu Verfügung bereite Werte:	Ver Eigene Betriebsmittel:
Kassenbestand 47,30	Reservefonds 92.584,97
Großkauf, Giro 2.072,49	Dispositionsfonds I 15.200,—
Sparkasse Durlach, Giro 637.488,28	Dispositionsfonds II 1.133,88
Bausparung 480,—	Gausfonds 7.400,—
640.088,10	Kanalisationsfonds 3.500,—
zu Angelegte Werte:	Bildungsfonds 1.795,24
Großkauf, Beteiligung 35.466,70	Wohlfahrtsfonds 336,18
Bausparung bei der GVG 1.818,87	Sterbefonds 1.337,—
Verlagsgesellschaft, Beteiligung 3.687,33	Geschäftsanteile der Mitgl.
Herberberg-Versicherungsgeld 600,—	gleicher 453.942,15
Baugenossenschaft Durlach 3.600,—	577.229,37
Gröningen 600,—	Per Aufgenomm. Mittel:
Genossenschaft 6.400,—	Sparanlagen 798.480,66
Sparkasse, Hausanteile 23.035,76	Sparmarken 649,84
Rückgenossenschaft Durlach 1.000,—	Guthaben ausgegebener
77.208,63	Genossen 8.444,60
zu Steuergeldern:	Hausanteile der Mitglieder 135.100,—
Haus Rühlstraße 30.400,—	942.675,10
Abfertigung 27.000,—	Per Hypotheken 28.000,—
Haus Weiberstr. 150.000,—	Per Verbindlichkeiten:
135.000,—	Reserveanteilschulden 1.092.263,71
426.236,45	Kautionen der Angestellten 6.514,43
zu Betriebswerten:	Hausanteilsanwartschaft 3.960,06
Zutrittsgebühren 41.050,90	Rück zu zahlende Umsätze 186.926,89
Abfertigung 4.050,90	Rück zu zahlende Umlagen 10.000,—
37.000,—	1.299.665,09
Fuhrwert 40.880,—	Per Erträge 663.529,70
Abfertigung 4.880,—	3511.099,26
36.000,—	
zu Warenbeständen 2.294.566,—	
3511.099,26	

Mitgliederbewegung.

Stand am 30. Juni 1921 2970 Mitglieder

Eingetretene im Laufe des Jahres 434

Ausgetreten durch Tod 14

Freiwillig und durch Wegzug 84

Stand am 30. Juni 1922 3320 Mitglieder

Durlach, im August 1922.

Der Vorstand

Demner. Adlig. Kirchauer. 1820



Upana

Prima Maisfrot, Mais, Weizenfuttermehl, Weizenkleie, sowie bestes Hühnerfutter, zu außerst billigen Preisen.

Adolf Mitschke, Futtermittel
Karlsruhe-Rintheim
Düntzenstraße 7. — Telefon 4329.

Leiterwagen

Beste Qualität, empfindlich billig

J. Hess, Karlsruhe, Kaiserstraße 123.

Mostäpfel

kauft in jeder Menge die

Sinner N.-G., Karlsruhe-Grünwinkel
Abteilung Marwickade. 3228

Schlafzimmer-Bilder

breitwert, Bilder für alle Räume, Rahmen.

Schlafers Kunsthandlung, Kaiserstraße 38.

Durmersheim. Filialleiters

Auf sofort ist die Stelle eines

des „Volkstreu“ für Durmersheim neu zu besetzen. Geeignete Bewerber(innen) wollen sich alsbald bei Herrn Eißig in Durmersheim melden.

Allgemeine Ortskrankenkasse Bruchsal.

Auf Grund des Reichsgesetzes über Bezüge von Sozial-Rentnern vom 18. Juli 1922 (Reichs-Gesetzblatt Seite 649) und der Reichsverordnung über Grundlöhne bei den Rentnerkassen vom 12. September 1922 (Reichs-Gesetzblatt Seite 724) werden bei dieser Kasse ab 2. Oktober 1922 die Lohnzulagen und Beiträge vorbehaltlich der Zustimmung der demnachstigen Aufsichtsbüro wie folgt festgelegt:

A. Lohnzulagen und Beiträge.

Bei einem wirtlichen Lohn pro Tag von bis	Lohnklasse	Zur Krankenversicherung		Zur Invalidenversicherung		Zusätzliche Beiträge am Lohn der Versicherten für Kranken- und Invalidenversicherung zusammen	Krankengeld oder Wochengeld pro Tag	Sondergeld pro Woche	Familienversicherung		Grundlohn pro Tag			
		pro Tag	Anteil des Ganzen	pro Woche	Anteil des Ganzen				Sterbegeld	Sterbegeld für die Ehefrau		Sterbegeld für ein Kind		
10.99	I	1.50	1.00	10.50	7.00	A 4.50	2.25	9.25	12.00	84.00	400.00	200.00	150.00	20.00
16.99	I	1.50	1.00	10.50	7.00	C 5.50	2.75	9.75	12.00	84.00	400.00	200.00	150.00	20.00
23.99	I	1.50	1.00	10.50	7.00	D 6.50	3.25	10.25	12.00	84.00	400.00	200.00	150.00	20.00
30.99	II	3.00	2.00	21.00	14.00	E 7.50	3.75	11.25	24.00	168.00	800.00	400.00	300.00	40.00
40.99	II	3.00	2.00	21.00	14.00	F 9.00	4.50	13.50	24.00	168.00	800.00	400.00	300.00	40.00
50.99	II	3.00	2.00	21.00	14.00	G 10.50	5.25	15.75	24.00	168.00	800.00	400.00	300.00	40.00
60.99	III	6.00	4.00	42.00	28.00	H 12.00	6.00	18.00	48.00	336.00	1600.00	800.00	600.00	80.00
90.99	III	6.00	4.00	42.00	28.00	J 18.00	9.00	27.00	48.00	336.00	1600.00	800.00	600.00	80.00
130.99	IV	9.00	6.00	63.00	42.00	K 24.00	12.00	36.00	72.00	504.00	2400.00	1200.00	900.00	120.00
180.99	V	12.00	8.00	84.00	56.00	L 32.00	16.00	48.00	96.00	672.00	3200.00	1600.00	1200.00	160.00
240.99	VI	16.50	11.00	115.50	77.00	M 42.00	21.00	63.00	132.00	924.00	4400.00	2200.00	1650.00	220.00
300.99	VII	21.00	14.00	147.00	98.00	N 52.00	26.00	78.00	168.00	1176.00	5600.00	2800.00	2100.00	280.00
unb. mehr	VIII	25.50	17.00	178.50	119.00	O 62.00	31.00	93.00	204.00	1428.00	6800.00	3400.00	2640.00	340.00

NB. Bei der Berechnung des Tagesverdienstes ist der Wochenlohn stets durch 6, der Monatslohn durch 30, der Jahreslohn durch 300 zu teilen.

Wir bringen dies hiermit zur allgemeinen Kenntnis, damit die Herren Arbeitgeber in der Lage sind, die auf die Versicherten entfallenden Anteile in Abzug zu bringen. Lediglich die Beiträge, die zum Lohn in den Betriebsräumen usw. sind auf der Kassenverwaltung unentgeltlich zu haben.

Den Versicherten ist zu empfehlen, diese Bekanntmachung anzuschneiden und aufzubewahren.

Bruchsal, den 2. Oktober 1922.

Der Kassenvorstand: U. Schmalz, Vorsitzender. Schäfer.